BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

BERICHT ÜBER DAS GESCHÄFTSJAHR 2014

Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Die eigenen 4 Wände – dafür bausparen wir!

Auch in der Niedrigzinsphase lohnt sich das Bausparen. Vom Aufbau des Eigenkapitals bis zur Zinssicherheit – Bausparen macht immer ein gutes Bild.

Inhalt

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung **6**

Zur konjunkturellen Lage 6

Entwicklung des Wohnungsneubaus 10

Geschäftsentwicklung der deutschen Bausparkassen 15

Ausblick 18

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen **20**

Neugeschäft 20

Entwicklung des Vertragsbestandes 22

Geldeingang 23

Auszahlungen und Wohnungsbaufinanzierungen 24

Anzahl und Personalstärke der privaten Bausparkassen 26

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland **27**

Wohnungspolitische Diskussion **30**

Energiepolitische Wende 31

Rolle der KfW in der Wohnungsfinanzierung 32

Umfragen zum „Sparklima" in Deutschland **34**

Novellierung des Bausparkassengesetzes **42**

Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zur Ertragslage und zum Zinsänderungsrisiko **44**

Eigenkapitalvorschriften **45**

Papiere des Basler Ausschusses für Bankenaufsicht 45

EU-Vorschriften über eine angemessene Eigenkapitalausstattung; Zukunft des IRB-Ansatzes 48

Mindestanforderung an bail-in-fähigen Verbindlichkeiten **49**

Bankaufsichtliche Meldungen von Finanzinformationen **50**

Änderung der Finanzinformationenverordnung 50

Entwurf einer Verordnung der EZB zur Meldung von Finanzinformationen 51

Anforderung der EZB von granularen Kreditdaten 54

Finanztransaktionssteuer **55**

Eigenheimrente; Altersvorsorge-Produktinformationsblatt-Verordnung **56**

Anwendung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes **57**

Kapitalmarktunion **58**

Bankenunion **59**

Einlagensicherung **61**

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen **62**

EU-Regulierung des Hypothekarkredits **62**

Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie **63**

Datenschutz **66**

Alternative Streitbeilegung **68**

Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen **70**

Anhang

Verzeichnis der Tabellen 74

Verzeichnis der privaten Bausparkassen 94

Der Verband der Privaten Bausparkassen 95

Wohnungsbau und Bausparen im Rahmen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

ZUR KONJUNKTURELLEN LAGE

Die weltwirtschaftliche Entwicklung war im Jahr 2014 von Unsicherheit geprägt: Die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nahost, der Konflikt im Osten der Ukraine und dessen Folgen für das Verhältnis zwischen Russland und den westlichen Staaten sowie abgeschwächte Konjunkturimpulse aus China haben das Vertrauen in einen dauerhaft aufwärts gerichteten Wachstumspfad gestört.

In Europa sind vor allem die anhaltenden, massiven Strukturprobleme in Griechenland und die neuerliche Diskussion um einen „Grexit" dafür verantwortlich, dass die Stimmung von Investoren und Konsumenten sich eingetrübt hat.

In diesem Umfeld hat sich die deutsche Wirtschaft gleichwohl sehr robust gezeigt und im Jahr 2014 wieder etwas an Fahrt aufgenommen. Saison- und kalenderbereinigt legte das Bruttoinlandsprodukt um 1,6 Prozent zu. Triebfeder der Entwicklung war insbesondere die Binnennachfrage. Dabei zeigten sich vor allem die privaten Haushalte dank eines hohen Beschäftigungsstandes und gestiegener Reallöhne in ungetrübter Kauflaune. Auch die Investi-

tionstätigkeit hat wieder angezogen (+1,7 Prozent). Deutsche Unternehmen erhöhten ihre Bruttoanlageinvestitionen 2014 um 3,4 Prozent, nachdem ihre Kapazitäten in den beiden Jahren davor noch geschrumpft waren. Für Ausrüstungsinvestitionen wurden 4,3 Prozent mehr Mittel aufgebracht als im Jahr 2013. Die Bauinvestitionen wurden um 3,6 Prozent erhöht. Der Außenhandel konnte ebenfalls positiv zum Wachstum beitragen. Hier machen sich die starke Einbindung Deutschlands in den Welthandel und der höhere Anteil der Drittstaaten an den deutschen Ausfuhren bemerkbar.

Bruttolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer sind im Jahr 2014 weiter gestiegen, die Rate betrug dabei 2,7 Prozent. Bedingt durch die Steuerprogression nahmen die Nettolöhne und -gehälter um 2,4 Prozent zu. Das verfügbare Einkommen der privaten Haushalte wuchs um 2,1 Prozent auf 1.722 Mrd. Euro. Die Sparquote lag bei 9,4 Prozent und damit etwas über dem Niveau des Vorjahres. 2013 hatte die Sparquote nur noch bei 9,1 Prozent gelegen und stellte damit den schlechtesten Wert seit dem Jahr 2000 dar. Trotz der wirtschaftlich guten Situation in der Gegenwart nutzten die Haushalte ihr gestiegenes Einkommen nicht zum verstärkten Vermögensaufbau, sondern gaben es lieber aus.

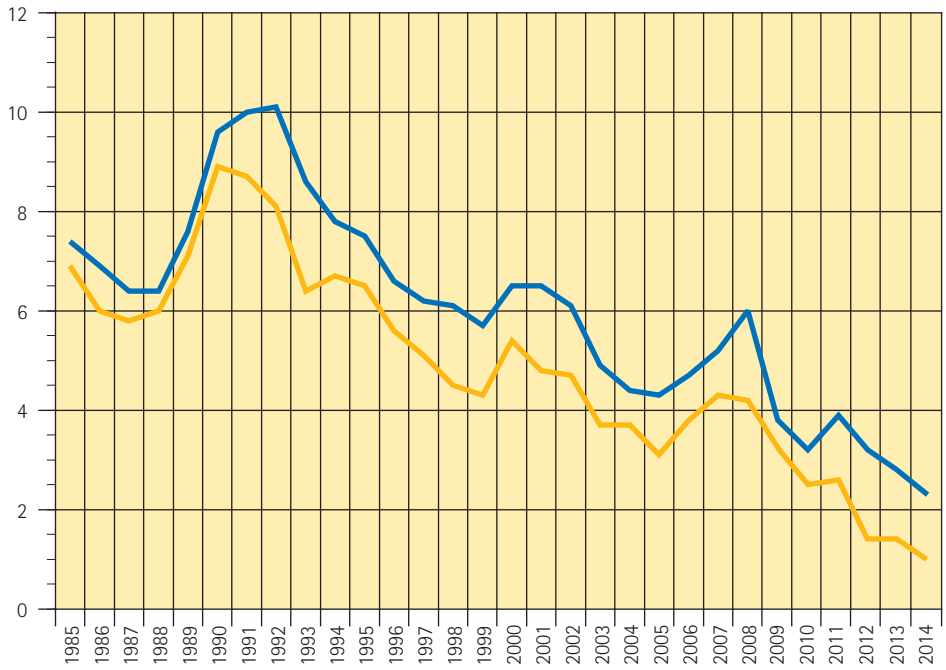
Der Baupreisindex für Wohngebäude betrug im Durchschnitt der ersten drei Quartale des Jahres 2014 107,7 und lag damit nur geringfügig über dem Wert des Vorjahreszeitraums (106,7). Die Steigerungsrate lag bei 1 Prozent. Aber-

mals verteuerten sich Wohnimmobilien stärker als die allgemeinen Verbraucherpreise.

Noch stärker zogen die Baulandpreise an. Im Jahresdurchschnitt 2014 lagen die Preise 4,9 Prozent über dem Niveau des Vorjahres.

Angesichts der ultralockeren Geldpolitik der EZB hat sich der Zinssatz für Wohnungsbaukredite mit einer anfänglichen Zinsbindung über fünf Jahre bis zehn Jahre nochmals verbilligt. Im Jahresdurchschnitt lag der Zinssatz bei 2,5 Prozent und damit 0,3 Prozentpunkte unter dem Vorjahreswert. Er sank von 2,86 Prozent im Januar 2014 kontinuierlich bis auf 2,12 Prozent im Dezember 2014.

Zinsentwicklung in Deutschland von 1985 bis 2014 in Prozent



Umlaufrenditen festverzinslicher Wertpapiere
Zinssätze für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke
(bis 2012 variabel oder mit Zinsfestschreibung bis 1 Jahr, ab 2013 5 bis 10 Jahre)

Quelle: Deutsche Bundesbank Monatsbericht

ENTWICKLUNG DES WOHNUNGSNEUBAUS

2014 ist die Zahl der Wohnungsbaugenehmigungen in Deutschland abermals gestiegen, inzwischen zum sechsten Mal in Folge. Der Abwärtstrend bei der Wohnungsbaudynamik, der bis ins Jahr 2008 anhielt, ist damit überwunden. Gleichzeitig findet eine Strukturverschiebung statt: Bildlich gesprochen wird immer mehr in die Höhe gebaut und immer weniger in die Fläche. 2014 lag die Dynamik eindeutig beim Bau von Geschosswohnungen – zur Vermietung oder als Eigentumswohnung. Im klassischen „Häuslebau", also bei Ein- und Zweifamilienhäusern, wurden dagegen weniger Baugenehmigungen erteilt als im Vorjahr. In der Gesamtzahl kommt die gestiegene Nachfrage nach Wohnraum in den Städten zum Ausdruck, die durch Arbeitsplätze, kompakte Infrastruktur und kulturelle Vielfalt eine hohe Sogwirkung auf viele sozio-demografische Gruppen ausüben.

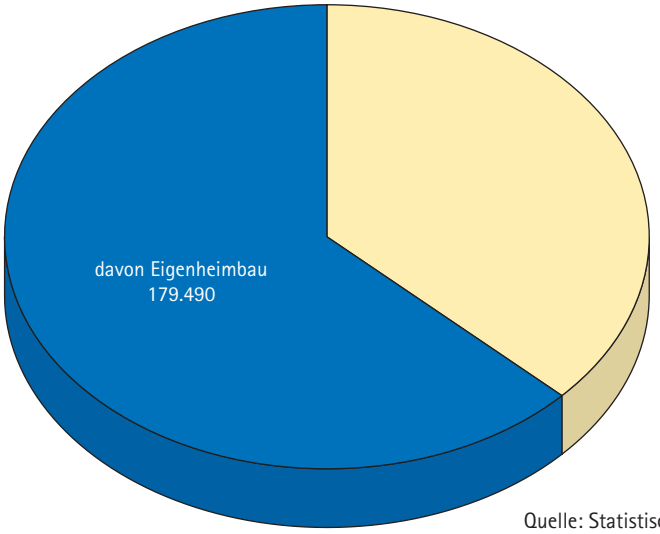
Zum Bau genehmigt wurden 284.900 Wohnungen, 5,4 Prozent mehr als im Vorjahr. Zum Bau von Wohnungen in Wohngebäuden wurden in Deutschland 246.000 Genehmigungen erteilt.[1] Das entspricht einem Anstieg um 4,5 Prozent. Zum Bau von Einfamilienhäusern, der wichtigsten Kategorie unter den Wohnformen, wurden 88.200 Genehmigungen erteilt. Das sind 1,4 Prozent weniger als im Vorjahr. Noch stärker ging das Interesse an Zweifamilienhäu-

1) Diese Größe lässt Wohnungen, die durch Ausbau entstehen oder Wohnungen in Nichtwohngebäuden, unberücksichtigt. In diesen beiden Kategorien wurden 34.000 bzw. 5.000 Baugenehmigungen erteilt.

sern zurück, nämlich um 5,8 Prozent auf 19.200. Das stärkste Wachstum im Eigenheimbereich gab es, wie schon in den Jahren 2013 und 2012, bei den Eigentumswohnungen (+8,8 Prozent auf 72.200). Auch beim Mietwohnungsbau erhöhte sich die Zahl der Genehmigungen: Zum Bau von Mehrfamilienhäusern erteilten deutsche Behörden 55.900 Genehmigungen (+8,9 Prozent). 2014 wurden überdies 10.600 neue Wohnheimplätze zum Bau genehmigt (+31,6 Prozent).

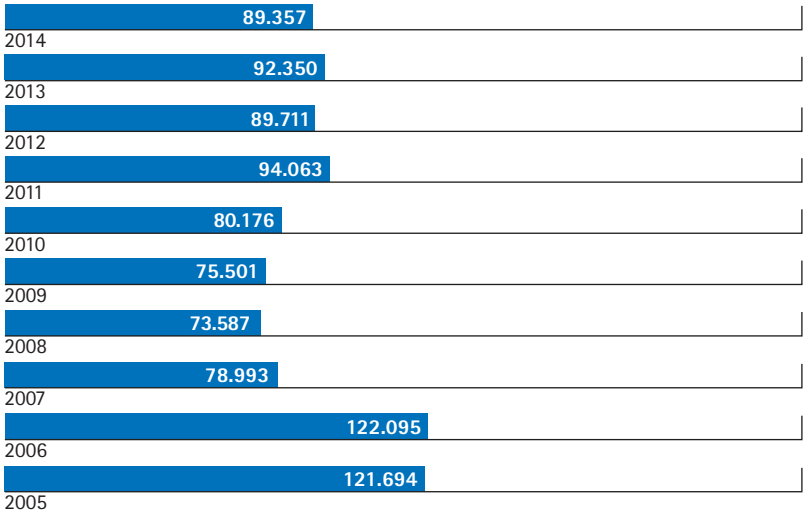
Im Jahr 2014 wurden nach Angaben des Statistischen Bundesamtes 245.300 Wohnungen fertig gestellt. Das sind 14,2 Prozent mehr als 2013.

Anteil des Eigenheimbaus an den Wohnungsbaugenehmigungen 2014 (Wohnungen insgesamt = 284.851)

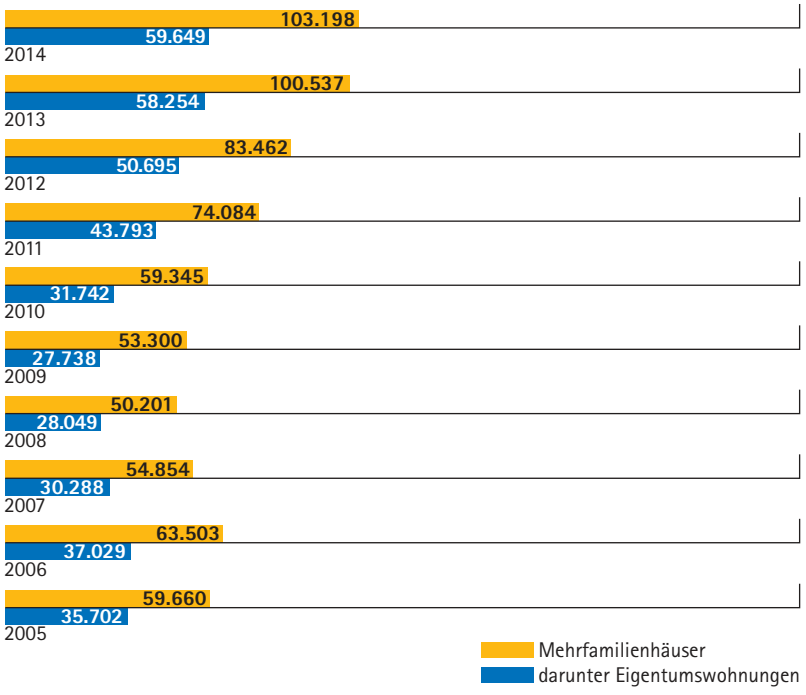


Quelle: Statistisches Bundesamt

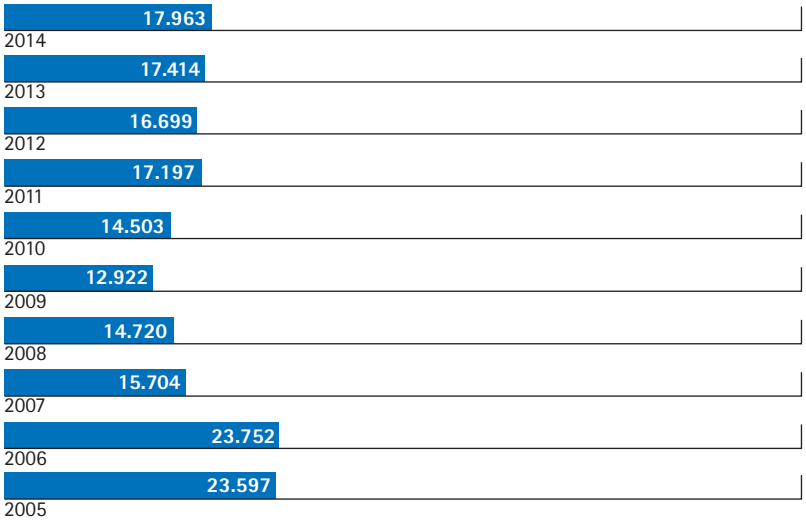
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Westdeutschland 2005 bis 2014



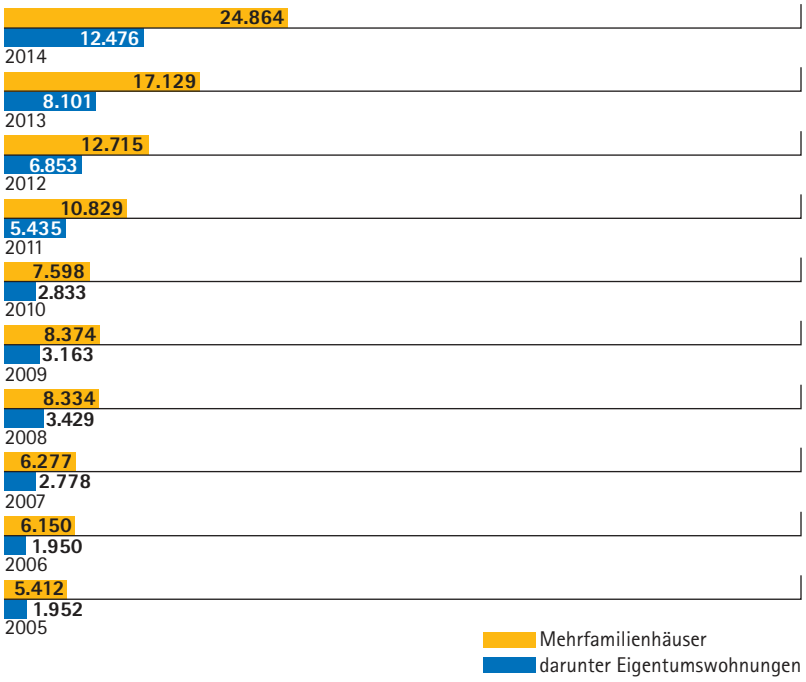
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Westdeutschland 2005 bis 2014



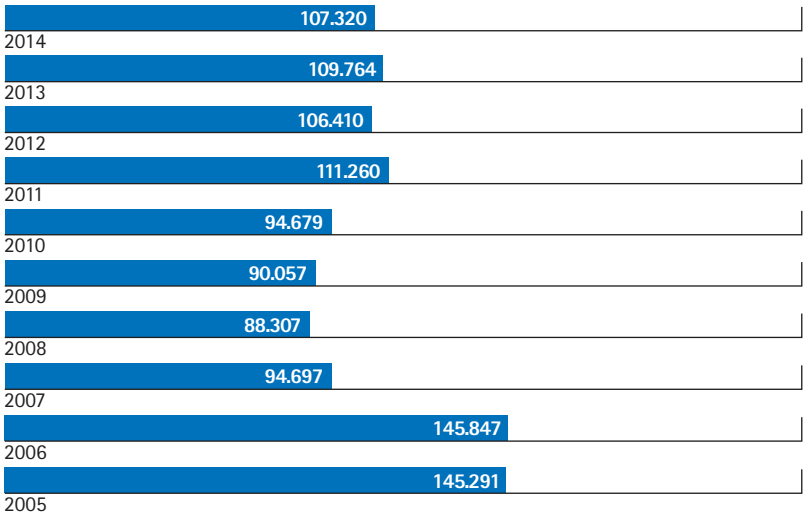
Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Ostdeutschland 2005 bis 2014



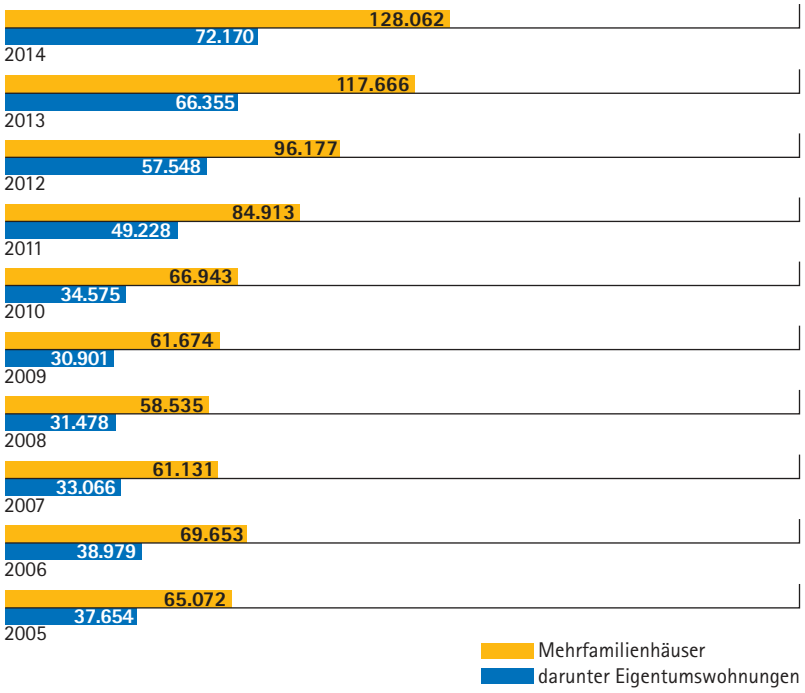
Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Ostdeutschland 2005 bis 2014



Genehmigte Wohnungen in Ein- und Zweifamilienhäusern in Deutschland 2005 bis 2014



Genehmigte Wohnungen in Mehrfamilienhäusern in Deutschland 2005 bis 2014



GESCHÄFTSENTWICKLUNG DER DEUTSCHEN BAUSPARKASSEN*

Bedingt durch Sondereffekte haben die deutschen Bausparkassen im Jahr 2014 deutlich weniger Bausparverträge abgeschlossen als im Vorjahr. Insgesamt wurden 3,0 Mio. Bausparverträge über eine Summe von 95,4 Mrd. Euro abgeschlossen. Dies entspricht einem Rückgang von 20,1 Prozent bei der Anzahl und 10,1 Prozent bei der Bausparsumme.

Die Bausparsumme des Gesamtbestandes bei privaten Bausparkassen und Landesbausparkassen stieg im Berichtsjahr um 2,0 Prozent auf 865,2 Mrd. Euro. Die Summe verteilte sich auf 30,1 Mio. Verträge, 0,3 Prozent weniger als im Vorjahr.

Der Gesamtgeldeingang bei allen deutschen Bausparkassen sank um 5,6 Prozent auf 39,2 Mrd. Euro. Darunter waren 28,6 Mrd. Euro Sparleistungen (-2,8 Prozent) und unverändert 10,6 Mrd. Euro auf Zins- und Tilgungsleistungen.

Bei den Baugeldauszahlungen stellte sich ein Rückgang von 3,6 Prozent auf 32,4 Mrd. Euro ein.

Der Marktanteil der privaten Bausparkassen am Neugeschäft lag 2014, bezogen auf die Bausparsumme, bei 62,4 Prozent. Bei den Baugeldauszahlungen betrug er 74 Prozent.

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Für eine solide Finanzierung der eigenen vier Wände wird 20 bis 30 Prozent Eigenkapital benötigt. Bausparen ist ein millionenfach bewährter Weg, dieses Eigenkapital zu bilden.

Dafür bau sparen wir!

AUSBLICK

Der Einbruch bei Öl- und Energiepreisen sowie der gesunkene Eurokurs sind nach Einschätzung der Wirtschaftsforschungsinstitute Treiber des Wachstums im Jahr 2015. Das geht aus ihrem Frühjahrsgutachten hervor. Der Preisverfall für Rohöl um rund die Hälfte seit Juni 2014, aber auch die Preisabschläge bei Energie entlasteten die privaten Haushalte; was sie an dieser Stelle sparen, können sie an anderer Stelle für Konsum im Inland ausgeben. Gleichzeitig profitieren auch die Unternehmen von gesunkenen Beschaffungspreisen. Die kräftige Abwertung des Euros stärkt die preisliche Wettbewerbsfähigkeit heimischer Produkte im Ausland und verteuert Importe – beide Effekte stärken die deutsche Wirtschaft.

Vor diesem Hintergrund erwarten die Gutachter ein reales Wirtschaftswachstum von 2,1 Prozent für das Jahr 2015 und für 2016 ein Wachstum von 1,8 Prozent. Erneut ist die Binnennachfrage maßgeblicher Treiber dieses im europäischen Kontext kräftigen Wachstums. Der anhaltend starke private Konsum schlägt sich dann auch in einer höheren Investitionstätigkeit der Unternehmen nieder. Auch die gestiegene Auslandsnachfrage und höhere Unternehmensgewinne (dank gesunkener Rohstoffpreise) leisten ihren Beitrag zu mehr Ausrüstungsinvestitionen. Vor allem werden Ersatz- und Rationalisierungsinvestitionen vorgenommen. Kapazitätserweiterungen finden angesichts der anhaltenden Unsicherheit nur in kleinerem Umfang statt. Für die Bauinvestitionen wird abermals ein Anstieg prognostiziert. Der Wohnungsbau wächst demnach mit +2,0 Prozent im Jahr 2015, aber schwächer als noch 2014. Glei-

ches gilt für die öffentlichen Bauinvestitionen, die der Prognose zufolge mit einer Rate von +1,3 Prozent zulegen werden.

Der Beschäftigungsstand dürfte weiter hoch bleiben. Die Arbeitslosigkeit geht nach Einschätzung der Experten abermals zurück, und zwar auf eine Quote von 6,3 Prozent im Jahr 2015 und 5,9 Prozent im Jahr 2016. Welche Folgen allerdings die so genannte Rente mit 63 und der Mindestlohn entfalten werden, vermögen die Wissenschaftler nicht abzuschätzen. Allerdings sind schon jetzt negative Auswirkungen spürbar: Der Fachkräftemangel spitzt sich durch die frühzeitige Verrentung von gut ausgebildeten älteren Kräften zu. Dass vom Mindestlohn positive Beschäftigungsimpulse ausgehen, ist unwahrscheinlich. Vielmehr dürfte er in der Tendenz eher zu mehr Arbeitslosigkeit unter Geringqualifizierten führen.

Immer stärker werden inzwischen die Folgen der expansiven Geldpolitik der Europäischen Zentralbank (EZB) spürbar – und zwar nicht im intendierten Sinne, der Konjunkturstimulierung. Vielmehr trägt die EZB mit ihrem Selbstverständnis, als letzter Retter der Eurozone fungieren zu können, gerade zu der Unsicherheit bei, der sie durch ihre Politik zu begegnen versuchte. Neben der Entwertung von Sparguthaben trifft die Niedrigzinspolitik das Geschäftsmodell aller einlagenbasierter Finanzinstitute mit voller Wucht; nicht nur in Deutschland, sondern in der gesamten Eurozone. Durch die Nullzinspolitik der EZB werden die Preisfunktionen des Zinses außer Kraft gesetzt, Sparguthaben entwertet und eine sichere Altersvorsorge gefährdet. Welche langfristigen Folgen diese auf Dauer angelegte Geldpolitik haben wird, ist kaum abzusehen.

Geschäftsentwicklung der privaten Bausparkassen*

NEUGESCHÄFT

Die Bausparer schlossen im Jahre 2014 bei den privaten Bausparkassen 1,5 Mio. neue Bausparverträge über eine Summe von 59,4 Mrd. Euro ab. Die Neuabschlüsse blieben erwartungsgemäß unter dem Vorjahresergebnis, weil es in 2013 erhebliche Vorzieheffekte vor Umstellungen von Bauspartarifen auf niedrigere Zinssätze gegeben hatte. Die Anzahl der eingelösten Neuverträge lag 2014 in der Folge um 26,2 Prozent, das Abschlussvolumen um 15,1 Prozent unter dem jeweiligen Vorjahreswert.

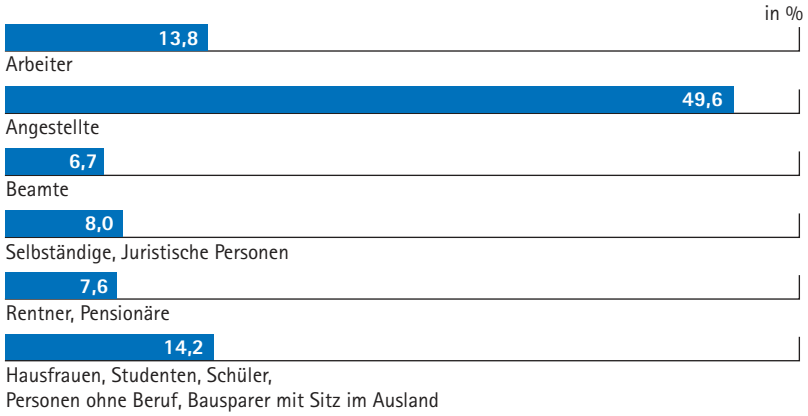
Die Bausparer erhöhten 2014 zudem bei über 120.000 bestehenden Verträgen mit privaten Bausparkassen nachträglich die Summe. Die durchschnittliche Bausparsumme je eingelöstem Bausparvertrag (einschließlich Erhöhungen) erhöhte sich um 15,1 Prozent auf 38.400 Euro.

Die Neuverträge mit den privaten Bausparkassen wurden auch 2014 in der überwiegenden Mehrzahl von Arbeitnehmern abgeschlossen. Der gesamte Anteil der Abschlüsse von Arbeitern, Angestellten und Beamten belief sich auf 67,9 Prozent, gemessen an der Bausparsumme auf 70,1 Prozent.

*) Die Geschäftsentwicklung wird hier mittels gerundeter Zahlen dargestellt. Die Darstellung, auch in Vergleichen, z. B. mit Vorjahresergebnissen, erfolgt aber auf der Grundlage genauer Zahlen aus dem statistischen Anhang dieses Berichts.

Für die Gruppe der Schüler, Studenten, Hausfrauen und sonstiger Personen ohne Beruf sowie von Bausparern mit Sitz im Ausland ist ein summenmäßiger Anteil von 14,2 Prozent an den Neuverträgen zu verzeichnen. Für Rentner und Pensionäre ergibt die Aufschlüsselung der Neuabschlüsse nach der Bausparsumme einen Anteilswert von 7,6 Prozent.

Bei den privaten Bausparkassen 2014 neu abgeschlossene Bausparverträge nach Berufsgruppen (Anteile an den Neuabschlüssen nach der Bausparsumme)

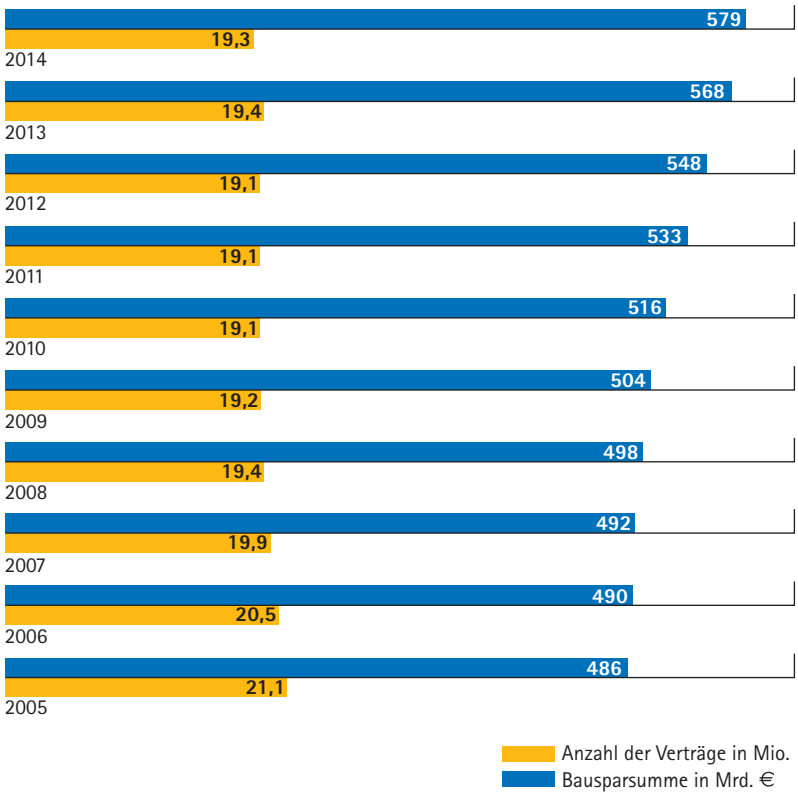


Die von den Bausparkassen seit 2008 angebotenen Altersvorsorge-Bausparverträge stoßen auf weiter wachsende Nachfrage. Im Jahre 2014 wurden 7,7 Prozent mehr Altersvorsorgeverträge mit privaten Bausparkassen als im Vorjahr abgeschlossen, nach der Bausparsumme sogar 10,2 Prozent mehr. Auf das neue Marktsegment entfielen rund 170.000 Stück über eine Bausparsumme von 6,7 Mrd. Euro.

ENTWICKLUNG DES VERTRAGSBESTANDES

Am Jahresende 2014 betreuten die privaten Bausparkassen 19,3 Mio. Verträge über eine Bausparsumme von 578,7 Mrd. Euro (+2,0 Prozent). Der Anteil der Verträge in der Sparphase am gesamten Vertragsbestand nach der Bausparsumme erhöhte sich auf 90,5 Prozent (+0,7 Prozentpunkte).

Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014



Die Bausparsumme der Verträge des nicht zugeteilten Bestandes stieg 2014 um 2,8 Prozent auf 523,6 Mrd. Euro an. Die durchschnittliche Bausparsumme der Verträge in der Sparphase, die seit vielen Jahren ununterbrochen ansteigt, erreichte zum Jahresende 30.200 Euro (+2,4 Prozent).

Aufgrund der äußerst niedrigen Marktzinsen lassen Bausparer ihre Verträge mitunter besonders lange in der Sparphase und erhöhen damit die durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge. Der mittlere Anspargrad stieg auf 20,3 Prozent der Bausparsumme (+0,5 Prozentpunkte). Die Verträge waren im Durchschnitt mit 6.100 Euro (+4,5 Prozent) angespart.

GELDEINGANG

Der gesamte Geldeingang auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen belief sich im Jahr 2014 auf 26,1 Mrd. Euro (-7,0 Prozent). Davon entfielen 18,6 Mrd. Euro auf Sparleistungen der Bausparer, die etwas unter dem Höchstwert des Vorjahres blieben (-5,6 Prozent). Außerdem gingen 0,2 Mrd. Euro an Wohnungsbauprämien auf Bausparkonten bei den privaten Bausparkassen ein.

In Folge des weiterhin guten Spargeldeingangs und der Verlängerung der Spardauer stiegen die Bauspareinlagen um 4,9 Prozent auf 106,1 Mrd. Euro. Seit der Finanz- und Wirtschaftskrise 2008 sind von Jahr zu Jahr deutliche Zuwächse zu verzeichnen.

Die Zins- und Tilgungsleistungen der Bausparer beliefen sich auf 7,3 Mrd. Euro (-10,4 Prozent). Von den Zins- und Tilgungsleistungen entfielen mit 5,8 Mrd. Euro über vier Fünftel auf reine Tilgungsbeträge. Auch die Entschuldung dient der Vermögensbildung der Bausparer.

In den Spar- und Tilgungsbeiträgen waren von Arbeitgebern überwiesene vermögenswirksame Leistungen enthalten. Sie beliefen sich 2014 insgesamt auf 2,3 Mrd. Euro.

AUSZAHLUNGEN UND WOHNUNGSBAUFINANZIERUNGEN

Die privaten Bausparkassen finanzierten im Jahr 2014 den Wohnungsbau mit 24,0 Mrd. Euro (-1,4 Prozent). Mit rund drei Vierteln des gesamten Baugeldes wurde direkt Wohnraum geschaffen oder verbessert, indem es für Zwecke des Neubaus, des Kaufs von Objekten vom Bauträger und für Modernisierungen, Instandsetzungen, Umbauten, Anbauten und Ausbauten ausgezahlt wurde.

Von den Finanzierungen entfielen 10,4 Mrd. Euro auf Auszahlungen nach Zuteilung von Bausparverträgen (-7,1 Prozent). Zur Vor- oder Zwischenfinanzierung von Bausparsummen kamen neue Darlehen in Höhe von 12,0 Mrd. Euro hinzu (+3,6 Prozent). Die Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen beliefen sich auf 1,6 Mrd. Euro.

Die privaten Bausparkassen zahlten 2014 insgesamt Baudarlehen in Höhe von 15,2 Mrd. Euro aus (+2,1 Prozent). Hinzu kamen Auszahlungen an Bauspareinlagen aus zugeteilten Verträgen, die sich auf 8,8 Mrd. Euro beliefen (-6,9 Prozent).

Die Baudarlehen wurden an 290.000 Bausparer vergeben. Sie kamen nach der Stückzahl zu 76,6 Prozent der Gruppe der Arbeiter, Angestellten und Beamten zugute. Der Anteil der Arbeitnehmer an den Baudarlehen lag somit noch höher als bei den Neuverträgen. Der durchschnittliche Betrag aller neuen Baudarlehen der privaten Bausparkassen betrug 52.400 Euro (+7,0 Prozent).

Ende 2014 belief sich der Bestand aller Baudarlehen in den Büchern der privaten Bausparkassen auf 95,8 Mrd. Euro. Nach einer Zunahme um 2,0 Prozent wurde damit ein neuer Höchstwert erreicht.

ANZAHL UND PERSONALSTÄRKE DER PRIVATEN BAUSPARKASSEN

In der Bundesrepublik Deutschland waren im Berichtsjahr zwölf private Bausparkassen tätig, die sämtlich in der Rechtsform der Aktiengesellschaft geführt wurden. Alle privaten Bausparkassen gehören dem Verband an.

Die privaten Bausparkassen beschäftigten Ende 2014 gut 5.900 Mitarbeiter. Davon waren rund 3.400 weibliche und 2.600 männliche Mitarbeiter bei den Bausparkassen angestellt. Gut 700 Mitarbeiter befanden sich in der Ausbildung.

Nach Umrechnung von Teilzeitbeschäftigten in Vollzeitkräfte ergab sich eine Personenzahl von rund 5.400. Die rechnerisch auf einen vollbeschäftigten Mitarbeiter entfallende Bilanzsumme belief sich auf 27,7 Mio. Euro. Im Durchschnitt konnten 3.600 Bausparverträge von einem Mitarbeiter betreut werden.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland

Einige private Bausparkassen bieten Bausparverträge in mittel- und osteuropäischen Ländern an. Dazu halten sie oder ihre Konzernmutter Anteile an einer Bausparkasse oder einem anderen Institut in diesen Ländern.

Ihr Beitrag zur Finanzierung von Neubau, Kauf oder Modernisierung von Wohneigentum ist beträchtlich. Insbesondere für Bevölkerungsgruppen mit niedrigen und mittleren Einkommen stellt Bausparen oft die einzige Finanzierungsmöglichkeit bei Wohnbedarf dar.

Bausparen im mittel- und osteuropäischen Ausland 2014

	Umrechnungskurse per Ende 2014[1]	Eingelöstes Neugeschäft		Bestand an Bausparverträgen am 31.12.2014		Spargeldeingang[3]
		Anzahl[2]	Bausparsummen in Mio. €	Anzahl	Bausparsummen in Mio. €	in Mio. €
Tschechien	27,706 CZK/€	265.680	3.293,0	2.035.175	32.595,8	1.483,2
Slowakei	-	173.889	2.530,0	948.125	13.596,0	741,0
Ungarn	315,070 HUF/€	138.897	1.334,6	713.979	6.191,8	353,4
Rumänien	4,480 RON/€	34.380	121,0	218.097	730,8	42,2
Kroatien	7,660 HRK/€	19.994	132,2	142.931	973,1	85,5

1) Mittlerer Geld/Brief-Devisenkurs im Freiverkehr.
2) Einschließlich Erhöhungen.
3) Ohne Zinsgutschriften.

Mit Bausparen – und nur damit! –
kann sich jeder die heute extrem niedrigen
Darlehenszinsen dauerhaft auch für den Fall sichern,
dass das Kauf- oder Bauvorhaben erst in fünf,
acht oder zehn Jahren realisiert werden soll.

Dafür bau sparen wir!

BAUZINSEN
2014
?
2025

Wohnungspolitische Diskussion

Die anhaltende Niedrigzinsphase hat den Wettbewerb um Kunden in der Baufinanzierung verschärft. Gleichzeitig wird einer Finanzierungskultur Vorschub geleistet, die einseitig auf Verschuldung setzt. Wie problematisch solche Finanzierungssysteme sind, zeigt das Entstehen der Immobilienkrisen in den angelsächsischen Ländern und der Europeripherie.

Noch aber steht die Eigenheimfinanzierung in Deutschland auf einem soliden Fundament. Der Bausparvertrag ist ein ganz wesentlicher Baustein dieser Finanzierungskultur und wird deshalb staatlich gefördert. Dabei ist der Bausparvertrag längst auch zum Energiesparvertrag geworden und trägt auch in demografischer Hinsicht durch seine Bedeutung beim altersgerechten Umbau zur Förderung des Nachhaltigkeitsgedankens bei.

ENERGIEPOLITISCHE WENDE

Die Energiepolitische Wende ist erklärtermaßen nach wie vor ein „Leuchtturmprojekt" der Bundesregierung. Dem wurde durch den Nationalen Aktionsplan Energieeffizienz (NAPE) Nachdruck verliehen. Der NAPE enthält unter anderem ein Maßnahmenpaket zur Stärkung der energetischen Gebäudesanierung. Dabei wurde auch der Gedanke der steuerlichen Förderung wiederbelebt. In der vergangenen Legislaturperiode konnte dieses Vorhaben nicht umgesetzt werden. Auch der neuerliche Ansatz droht aller Wahrscheinlichkeit nach an der Gegenfinanzierung zu scheitern.

Die privaten Bausparkassen haben diese Überlegung begrüßt, insbesondere weil sie das Potenzial hat, eine Brücke zum Bausparvertrag als Energiesparvertrag zu schlagen. Eine alternativ vorgeschlagene Aufstockung der KfW-Mittel würde dagegen die Konkurrenz zur staatlichen Förderbank verschärfen.

ROLLE DER KFW IN DER WOHNUNGSFINANZIERUNG

Die KfW verfügt als Staatsbank bekanntlich über extrem günstige Refinanzierungsmöglichkeiten, die sie an die Kunden weiterreichen kann. Durch die Verteilung staatlicher Fördermittel, verknüpft mit eigenen Kreditzusagen, ist es der KfW gelungen, in Geschäftsfeldern zu expandieren, die von privaten Kreditinstituten genauso gut bearbeitet werden können. Nach einem Rekordgeschäft im Jahr 2010 hat sie ihr inländisches Kreditgeschäft zwar eingeschränkt – der Bereich „Wohnen" (Wohneigentumsprogramm, Modernisierungsprogramme, Energieeffizient Bauen und Sanieren) war davon aber kaum betroffen und nimmt inzwischen einen noch größeren Anteil am inländischen Fördergeschäft ein.

Bemerkenswert sind die Förderzahlen für das Berichtsjahr 2014: Im Bereich Wohnen sank das Fördervolumen von 15,6 Mrd. Euro im Jahr 2013 auf 14,3 Mrd. Euro. Dabei sanken die Förderausgaben in allen Unterkategorien, also sämtlichen Programmen des energieeffizienten Bauens und Sanierens sowie des altersgerechten Umbaus. Eine Ausnahme gab es jedoch: das KfW-Wohneigentumsprogramm. Hier stiegen die Ausgaben im Gegensatz zu allen anderen Programmen im Bereich Wohnen von 4,5 Mrd. Euro auf 4,7 Mrd. Euro.

Während bei der Förderung des energetischen Bauens und Sanierens noch angeführt werden kann, hiermit werde einem zentralen Vorhaben der Bundesregierung, der Energiepolitischen Wende, zum Durchbruch verholfen, kann dies beim Wohneigentumsprogramm schwerlich als Argument gelten. Die Rückführung der KfW auf ihre Kernaufgaben muss weiterhin im Interesse der Politik liegen.

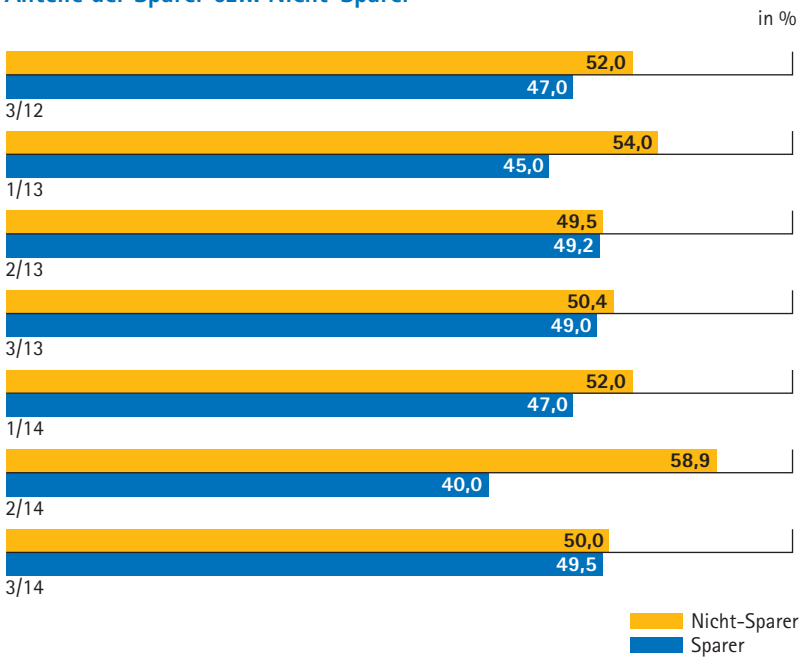
Umfragen zum „Sparklima“ in Deutschland

Im Auftrag des Verbandes der Privaten Bausparkassen hat TNS Deutschland GmbH, Bielefeld, seit dem letzten Geschäftsbericht drei weitere repräsentative Umfragen der Bundesbürger zum Sparverhalten in West- und Ostdeutschland (2.000 Telefoninterviews) durchgeführt (März, Juni und Oktober 2014). Die Ergebnisse lassen sich wie folgt zusammenfassen:

Sparer/Nichtsparer

Im Herbst des Jahres 2014 sparten 50 Prozent der Deutschen für einen bestimmten Zweck. Der Anteil lag um zehn Prozentpunkte über dem Wert aus dem Juni 2014 und damit wieder auf dem Niveau, welches in der Vorjahresbefragung im Oktober 2013 gemessen wurde.

Anteile der Sparer bzw. Nicht-Sparer



Sparziele

Als wichtigste Motive der Sparer wurden folgende Sparziele genannt (Anteile in Prozent):

	3/14	2/14	1/14	3/13	2/13	1/13	3/12
Altersvorsorge:	63,6	51,0	60,2	63,7	60,7	62,0	59,0
Konsum/Anschaffungen (Autokauf o. ä.):	58,6	65,0	58,5	57,8	62,2	60,0	62,0
Erwerb/Renovierung von Wohneigentum:	53,9	46,2	49,8	54,1	53,5	52,0	46,0
Kapitalanlage:	32,1	30,7	28,1	32,8	31,7	31,0	31,0
Notgroschen/Reserve:	6,5	5,4	4,2	4,9	5,5	4,0	5,0
Ausbildung der Kinder:	3,8	3,2	3,9	3,8	3,4	3,0	4,0
Sonstiges:	8,0	7,1	7,0	4,5	7,3	6,0	12,0

(Die Summe dieser Anteile ergibt mehr als 100 %, d. h., es wurden teilweise mehrere Sparziele angegeben.)

Trotz oder gerade wegen der Niedrigzinsphase und der dadurch induzierten Verunsicherung der Haushalte haben Vorsorgemotive zum Jahresende wieder an Bedeutung gewonnen. Allen voran stand die Altersvorsorge mit 64 Prozent der Nennungen. Auch Wohneigentum (54 Prozent) und Kapitalanlage (32 Prozent) wurden häufiger als Sparmotiv genannt, während der Konsum an Bedeutung einbüßte. Anschaffungen standen mit 59 Prozent der Nennungen allerdings weiterhin auf Rang zwei der Sparziele.

Zukünftiges Sparverhalten

Auf die Frage über das künftige Sparverhalten gab es folgende Antworten (Anteile in Prozent):

	3/14	2/14	1/14	3/13	2/13	1/13	3/12
Mehr:	8,3	6,3	8,8	9,4	8,6	10,0	9,0
Weniger:	11,8	10,7	12,1	11,1	14,0	11,0	14,0
Etwa gleich viel:	72,9	75,9	72,6	72,6	71,1	71,0	72,0
Weiß nicht und keine Angabe:	7,0	7,1	6,5	6,8	6,2	7,0	6,0

Der Anteil derer, die beabsichtigen, in Zukunft weniger zu sparen, lag im Vergleich zum Juni 2014 auf vergleichbarem Niveau. Jeder zehnte Bundesbürger gab an, dass er in den nächsten Monaten eher weniger sparen möchte.

Der Anteil der Bundesbürger, die zukünftig mehr sparen wollen, lag mit 8,3 Prozent auf dem Niveau des Vorjahres.

Gründe für steigendes Sparvolumen

Bei den Haushalten, die künftig mehr sparen wollen, lagen folgende Gründe vor (Anteile in Prozent):

	3/14	2/14	1/14	3/13	2/13	1/13	3/12
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	23,0	27,8	26,5	23,7	31,6	26,0	27,0
Größere Anschaffungen:	21,9	19,2	22,0	20,3	24,7	11,0	20,0
Allgemeines Sparen für die Zukunft/Notgroschen:	21,6	11,3	28,0	29,9	29,0	26,0	21,0
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	16,8	11,0	15,2	21,7	10,6	8,0	14,0
Urlaub:	14,8	9,5	13,8	16,8	21,8	15,0	10,0
Steigendes Konsumbedürfnis:	12,8	5,3	12,0	9,2	7,9	5,0	7,0
Unsichere Altersvorsorge:	12,2	1,8	9,0	11,8	13,3	5,0	5,0
Steigende Ausgaben:	8,8	15,4	12,3	10,2	20,3	13,0	10,0
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	4,8	4,1	7,0	10,4	5,1	5,0	6,0
Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation:	4,2	0,9	7,7	5,6	15,0	4,0	2,0
Arbeitslosigkeit:	0,3	2,6	3,3	4,0	2,1	2,0	2,0

Die Bundesbürger sahen sich dank der wirtschaftlichen Entwicklung eher in der Lage, mehr Geld auf die hohe Kante legen zu können. „Berufliche Veränderung" bzw. „Einkommensänderung" waren der wichtigste Grund für steigende Sparleistungen. Aber auch konkrete Sparzwecke, etwa Erwerb langlebiger Konsumgüter oder Eigentumserwerb, waren wichtige Motive. Das allgemeine Sparen zum Selbstzweck bzw. als Notgroschen rangierte auf Platz 3 der Sparziele.

Gründe für sinkendes Sparvolumen

Bei den Haushalten, die künftig weniger sparen wollen, lagen folgende Gründe vor (Anteile in Prozent):

	3/14	2/14	1/14	3/13	2/13	1/13	3/12
Steigende Ausgaben/ Lebenshaltungskosten:	29,0	19,1	21,7	26,5	25,0	23,0	32,0
Fehlende Einkommens-steigerungen/Ein-kommenseinbußen:	16,7	24,4	32,0	14,3	20,9	21,0	20,0
Steigendes Konsumbedürfnis:	14,7	6,1	7,1	13,7	7,1	11,0	17,0
Sparen macht keinen Sinn:	13,5	14,1	17,6	15,2	13,7	18,0	9,0
Berufliche Veränderungen/ Einkommensänderung:	12,9	6,8	7,4	11,9	7,6	10,0	4,0
Unsichere Altersvorsorge:	8,8	7,9	11,8	9,8	10,1	6,0	5,0
Allgemeine politische und wirtschaftliche Situation:	8,1	14,0	10,2	10,6	10,2	6,0	8,0
Größere Anschaffungen:	7,8	10,4	3,4	7,0	12,4	6,0	7,0
Immobilienerwerb/ Modernisierung:	6,0	7,2	4,6	6,0	6,5	6,0	3,0
Arbeitslosigkeit:	2,3	6,3	8,4	5,2	8,3	6,0	5,0
Urlaub:	1,8	10,3	4,1	3,1	10,4	4,0	4,0

Diejenigen, die sich nicht in der Lage sehen, künftig mehr zu sparen, führten als wichtigste Gründe „steigende Ausgaben", „Einkommenseinbußen" und ein „steigendes Konsumbedürfnis" an. Es wurden überwiegend Gründe genannt, weniger sparen zu wollen als weniger sparen zu können.

Der Sparklima-Index

Die Zahl derer, die an ihrem Sparverhalten nichts ändern wollen, sondern genauso viel beiseitelegen wollen wie bisher, blieb mit 72,9 Prozent nahezu unverändert.

Sowohl in Westdeutschland als auch in Ostdeutschland gab es mehr Menschen, die künftig weniger sparen wollen, als Menschen, die ihre Sparanstrengungen künftig erhöhen wollen.

In den alten Ländern wollten 8,9 Prozent mehr sparen, 11,8 Prozent weniger. Zwischen Ostsee und Erzgebirge waren es 4,9 Prozent bzw. 12,1 Prozent.

Um auch im Alter komfortabel in den eigenen vier Wänden leben zu können, lohnt es sich, rechtzeitig und vorausschauend zu modernisieren. Die Bausparkassen verzichten dabei auf die sonst üblichen „Kleindarlehen-Zuschläge".

Dafür bau sparen wir!

Novellierung des Bausparkassengesetzes

Anfang 2010 stieß die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) einen Dialog mit der Bausparkassenbranche über die aufsichtsrechtlichen Rahmenbedingungen für Bausparkassen an. Nach Auffassung der BaFin und der Bausparkassenverbände hatte sich die bestehende Sicherheitsarchitektur des Bausparens auch in der Finanzkrise bewährt. Gleichwohl hatte sich seit einigen Jahren ein Bedarf an gesetzlichen Anpassungen angesammelt.

Die BaFin strebt eine Novellierung und bei dieser Gelegenheit eine moderne Struktur für das Bausparkassengesetz an und wird dabei vom Verband unterstützt. Das Bausparkassengesetz, das für Bausparkassen ergänzende Vorschriften zum Kreditwesengesetz (KWG) enthält, soll nicht zuletzt an diverse Änderungen des KWG der letzten Jahren anpasst werden.

Die Bausparbranche hat sich auf eine gemeinsame Haltung zur Neufassung des Bausparkassengesetzes verständigt, die insbesondere die folgenden materiellen Maßnahmen umfassen sollte:

- Die Gewährung von Baudarlehen, die in Einzelfällen der Finanzierung von selbstgenutztem Wohneigentum 80 Prozent des Beleihungswertes übersteigen, sollte zugelassen werden. Baudarlehen, die nicht mit einem Bau-

sparvertrag unterlegt sind, sollten ebenfalls aus Zuteilungsmitteln gewährt werden können.

- Die Emission von Hypothekenpfandbriefen sollte zugelassen werden, um eine kostengünstigere Refinanzierung zu ermöglichen.
- Der Fonds zur bauspartechnischen Absicherung sollte das Bausparkollektiv nicht nur in einer Hochzinsphase, sondern auch in einer Niedrigzinsphase absichern.
- Die Allgemeinen Bedingungen für Bausparverträge sollten mit Genehmigung der BaFin, die auf die Wahrung der Belange der Bausparer achtet, nicht nur bei einer Bestandsgefährdung, sondern auch zur Vermeidung von Bestandsgefährdungen und bei Zusammenführung von Vertragsbeständen angemessen angepasst werden können.

Der Verband hält es außerdem für sinnvoll, die Vorschrift zur Anlage verfügbarer Mittel vorsichtig zu lockern, damit die Institute auch bei dauerhaft niedrigen Zinsen stabile Überschüsse erwirtschaften können.

Der Verband regt eine baldige und umfassende Novellierung des Bausparkassengesetzes an, damit sich die Bausparkassen und die Aufsicht besser auf die veränderten Herausforderungen einstellen können.

Auskunftsersuchen der Bankenaufsicht zur Ertragslage und zum Zinsänderungsrisiko

Die Deutsche Bundesbank hatte in Abstimmung mit der BaFin im Oktober 2014 die Bausparkassen um Auskünfte zur Ertragslage und zum Zinsänderungsrisiko gebeten. Nach Beantwortung des Auskunftsersuchens durch die Bausparkassen im Januar 2015 antworteten beide Bausparkassenverbände auf Presseanfragen, dass die Bausparkassen die angenommenen unterschiedlichen Zinsentwicklungen bewältigen können. Sie erklärten im Hinblick auf die Belastungen durch das von der EZB verursachte Niedrigzinsniveau, dass Politik, Aufsichtsbehörden und Finanzwirtschaft jeweils geeignete Antworten finden müssten, um die Stabilität des Finanzwesens zu gewährleisten.

Eigenkapitalanforderungen

PAPIERE DES BASLER AUSSCHUSSES FÜR BANKENAUFSICHT

Einführung einer Verschuldungsquote

Der Basler Ausschuss für Bankenaufsicht hatte in seinen Vorschlägen zur Stärkung der Widerstandsfähigkeit des Bankensektors auch die Einführung einer Verschuldungsquote (Leverage Ratio) vorgesehen. Für das Kernkapital sollte risikounabhängig eine Quote von mindestens 3 Prozent gefordert und ab 2018 verbindlich – in der bankaufsichtlichen Säule 1 – vorgeschrieben werden. Anfang 2014 legte der Basler Ausschuss ein überarbeitetes Papier zur Leverage Ratio vor. Er kündigte an, die Verhältnisse der Kreditinstitute weiterhin zu beobachten und der Frage nachzugehen, ob die Leverage Ratio in der vorgesehenen Höhe für verschiedene Geschäftsmodelle geeignet ist.

Das BMF kündigte eine Überprüfung des Zusammenwirkens von Regulierungsmaßnahmen auf dem Finanzmarkt an. Beide Bausparkassenverbände haben im November 2014 in einem gemeinsamen Schreiben dargestellt, aufgrund welcher Regelungen sich aus Sicht der Bausparkassen Konflikte ergeben und inwiefern eine Nachjustierung auf nationaler und europäischer Ebene geboten erscheint. Sie haben dabei auch die unerwünschten Wirkungen einer Beschränkung der Verschuldungsquote ausführlich dargestellt.

Die Deutsche Bundesbank hat im März 2015 in ihrem Bericht über das Basel III-Monitoring per 30. Juni 2014 insbesondere bei der Leverage Ratio noch Defizite bei der Zielerreichung festgestellt. Für die deutschen Institute, die ein Kernkapital von weniger als 1,5 bzw. 3 Mrd. Euro aufweisen und nicht international aktiv sind, sei die Leverage Ratio immerhin auf durchschnittlich 4,4 bzw. 5,0 Prozent gestiegen. Für die finale Ausgestaltung und Kalibrierung der Kennzahl, die unter dem Vorbehalt der bis 2017 laufenden Analyseperiode stehe, seien u.a. die Einordnung innerhalb des bankaufsichtlichen 3-Säulen-Konzepts und die angemessene Berücksichtigung unterschiedlicher Geschäftsmodelle zu untersuchen.

Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes

Der Basler Ausschuss veröffentlichte im Dezember 2014 ein Konsultationspapier zur Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes hinsichtlich aller wesentlichen Forderungsklassen. Für Forderungen, die mit Wohnimmobilien besichert sind, soll das Risikogewicht von 35 Prozent aufgehoben werden. Die notwendige Eigenkapitalunterlegung soll stattdessen mittels Kennziffern für bestimmte Risikotreiber ermittelt werden.

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) hat in ihrer Stellungnahme vom März 2015 darauf hingewiesen, dass die Vorschläge des Basler Ausschusses – entgegen seiner Intention – bei Bausparkassen zu einem deutlichen Anstieg der Eigenkapitalanforderungen führen würden. Außerdem wäre der

vorgeschlagene Ansatz auf der Grundlage von Risikotreibern unverhältnismäßig aufwendig. Die EuBV hat sich daher grundsätzlich für die Beibehaltung des heutigen Standardansatzes ausgesprochen.

Überarbeitung der einfachen Kapitalansätze beim operationellen Risiko

Der Basler Ausschuss legte im Oktober 2014 ein Konsultationspapier zur Überarbeitung des Basisindikatoransatzes und des Standardansatzes für die Bemessung des operationellen Risikos vor. Nach den Vorstellungen des Ausschusses soll im Standardansatz die Differenzierung nach Geschäftsfeldern entfallen. Der Bruttoertrag als wesentliche Bestimmungsgröße des Betriebsrisikos soll durch einen Geschäftsindikator ersetzt werden.

Die EuBV hat sich im Dezember 2014 mit einem Positionspapier vor allem gegen die vorgesehene Ermittlung des Geschäftsindikators ausgesprochen, die zu deutlich erhöhten Kapitalanforderungen an Bausparkassen führen würde.

Vorstellung eines Rahmenwerks für Untergrenzen für die Kapitalunterlegung

Im Dezember 2014 veröffentlichte der Basler Ausschuss ein Rahmenwerk für Untergrenzen für die Kapitalunterlegung auf der Grundlage der Standardansätze für das Kreditrisiko, das Marktrisiko und das operationelle Risiko. Damit sollen insbesondere die Auswirkungen interner Modelle auf die Kapitalanforderung eingegrenzt werden. Die Kalibrierung der Untergrenzen soll erst nach

Abschluss der Überarbeitung des Kreditrisikostandardansatzes und der einfachen Ansätze für das operationelle Risiko erfolgen. Die neuen Kapitaluntergrenzen sollen die Leverage Ratio ergänzen. Die Basel I-Untergrenzen sollen entfallen.

EU-VORSCHRIFTEN ÜBER EINE ANGEMESSENE EIGENKAPITALAUSSTATTUNG; ZUKUNFT DES IRB-ANSATZES

Die European Banking Authority (EBA) hatte im März 2015 ein Diskussionspapier zur Zukunft des IRB-Ansatzes vorgelegt. Die EBA schlägt darin Änderungen des IRB-Ansatzes vor, die möglicherweise zur Folge haben werden, dass für ein Institut eine Anpassung historischer Daten, eine Anpassung der Rating-Systeme und neue Eignungsprüfungen der zuständigen Behörden erforderlich werden.

Die Europäische Bausparkassenvereinigung (EuBV) nahm im Mai 2015 zu diesem Diskussionspapier kritisch Stellung. Die EuBV hat sich vor allem dagegen ausgesprochen, dass Anforderungen an den IRB-Ansatz gestellt werden, die zu grundlegenden Änderungen der Modellsystematik und zu erheblichen Eingriffen in die Datengrundlage der bestehenden IRB-Systeme führen.

Mindestanforderung an bail-in-fähigen Verbindlichkeiten

Die EU-Richtlinie zur Sanierung und Abwicklung von Kreditinstituten und Wertpapierfirmen fordert ein Mindestmaß an Eigenmitteln und bail-in-fähigen Verbindlichkeiten (MREL). Die EBA legte im November 2014 den Entwurf eines Regulierungsstandards vor, mit dem die Methode zur Ermittlung der Mindestanforderung spezifiziert wird.

Die EuBV hat im Februar 2015 zu dem EBA-Entwurf kritisch Stellung genommen und dargestellt, dass eine MREL-Quote für Bausparkassen nicht sinnvoll ist. Sie hat eine für den Standard vorgesehene Regelung begrüßt, die es ermöglichen würde, für viele Institute eine MREL festzulegen, die keine über die Eigenkapitalanforderung hinausgehende Anforderung darstellen würde.

Bankaufsichtliche Meldungen von Finanzinformationen

ÄNDERUNG DER FINANZINFORMATIONENVERORDNUNG

Die deutsche Bankenaufsicht plante seit Anfang 2014, durch eine Ergänzung der Finanzinformationenverordnung (FinaV) die Grundlage für eine regelmäßige Erhebung von Risikotragfähigkeitsinformationen zu schaffen. Das BMF legte im Oktober 2014 den Entwurf einer überarbeiteten Änderungsverordnung zur FinaV mit Begründung und Meldebögen vor.

Die Verordnung zur Änderung der FinaV vom 19. Dezember 2014 ist im Bundesgesetzblatt veröffentlicht worden und am 30. Dezember in Kraft getreten. Die BaFin hat im Februar 2015 mit einer Allgemeinverfügung zur Einreichung der Informationen zur Risikotragfähigkeit als ersten Meldestichtag grundsätzlich den 31. Dezember 2015 festgelegt. Für Kreditinstitute, die einer erhöhten Meldefrequenz unterliegen, ist der erste Meldestichtag der 30. Juni 2015.

ENTWURF EINER VERORDNUNG DER EZB ZUR MELDUNG VON FINANZINFORMATIONEN

Die EZB legte im Oktober 2014 ein Konsultationspapier zur Einführung eines Meldewesens bankaufsichtlicher Finanzinformationen vor. Nach den Vorgaben der EZB sollen alle Kreditinstitute Finanzinformationen an die zuständige nationale Behörde liefern.

Die EuBV hat im Dezember 2014 zur geplanten EZB-Verordnung, insbesondere hinsichtlich der von der European Banking Authority (EBA) festgelegten Standards für das Financial Reporting, kritisch Stellung genommen. Der Verband hat sich gegenüber BaFin und Bundesbank dafür ausgesprochen, dass das EZB-Vorhaben durch Erläuterungen und Überleitungshilfen für die nach HGB bilanzierenden Institute begleitet wird. Außerdem sollten angesichts der neuen Meldeanforderungen bestehende und geplante Anforderungen, insbesondere der FinaV, entsprechend zurückgenommen werden.

Die EZB hat im März 2015 eine Verordnung über die Meldung aufsichtlicher Finanzinformationen erlassen. Die Verordnung lässt die Rechnungslegungsstandards, die beaufsichtigte Gruppen und Unternehmen in ihren konsolidierten Abschlüssen oder Jahresabschlüssen anwenden, ausdrücklich unberührt und ändert nichts an den für die aufsichtlichen Meldungen verwendeten

Bei der energetischen Sanierung zahlt sich
das Sparen gleich mehrfach aus.
Energie wird gespart – was zum Klimaschutz beiträgt –
und die hohen Kosten dafür.
Gleichzeitig erhöht sich der Wert der Immobilie.

Dafür bau sparen wir!

Rechnungslegungsstandards. Es sind nur solche Informationen zu übermitteln, die sich auf diejenigen Bewertungsgrundsätze beziehen, die in den jeweiligen Rechnungslegungsstandards berücksichtigt sind und von der betreffenden beaufsichtigen Gruppe bzw. dem beaufsichtigten Unternehmen tatsächlich angewendet werden. Der Zeitpunkt der Erstanwendung variiert – je nach Institutsgröße und Gruppenzugehörigkeit – zwischen Meldestichtagen am 31. Dezember 2015 und am 30. Juni 2017.

ANFORDERUNG DER EZB VON GRANULAREN KREDITDATEN

Die EZB hatte die europäischen Zentralbanken verpflichtet, Maßnahmen zu ergreifen, um Angaben zu Kreditengagements der Institute an die EZB übertragen zu können. Beide Bausparkassenverbände nahmen im Juni 2014 zu dem Vorhaben eines Analytical Credit Dataset der EZB (AnaCredit) kritisch Stellung und sprachen sich insbesondere für Erleichterungen bei Datenerhebungen aus dem Mengengeschäft aus.

Die EZB plant eine Verordnung, die sich unmittelbar an die meldepflichtigen Institute richtet. Die Deutsche Bundesbank geht im Mai 2015 davon aus, dass Meldungen ab Januar 2018 fällig werden. Zur Zeit wird eine Meldegrenze je Kreditnehmer von 25.000 Euro, bei leistungsgestörten oder wertgeminderten Krediten aber von nur 100 Euro, diskutiert.

Finanztransaktionssteuer

Der EU-Ministerrat (ECOFIN) hatte im Januar 2013 beschlossen, eine Besteuerung von Finanztransaktionen in einigen EU-Mitgliedstaaten, u. a. Deutschland, im Wege einer sogenannten verstärkten Zusammenarbeit zuzulassen. Die Kommission erstellte einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Finanztransaktionssteuer. Primärgeschäfte u. a. mit Privatpersonen, der Handel mit Staatsanleihen sowie Finanzgeschäfte mit der Europäischen Zentralbank und den Zentralbanken der Mitgliedstaaten sollen von der Besteuerung ausgenommen werden.

Die teilnehmenden Mitgliedstaaten haben sich im Mai 2014 auf einen ersten Schritt verständigt, nach dem Transaktionen von Aktien und einigen Derivaten ab 2016 besteuert werden sollen. Eine konkrete Verständigung konnte aber bisher nicht erzielt werden.

Eigenheimrente; Altersvorsorge-Produktinformationsblatt-Verordnung

Das Altersvorsorgeverträge-Zertifizierungsgesetz in der Fassung des Altersvorsorge-Verbesserungsgesetzes ermächtigt das BMF, eine Verordnung zum Produktinformationsblatt und zu weiteren Informationspflichten bei zertifizierten Altersvorsorgeverträgen zu erlassen. Der Verband hatte sich bereits mehrfach gegen die Einführung eines einheitlichen Informationsblatts für alle Altersvorsorgeprodukte und die Ausrichtung des Informationsblatts auf die erzielbare Rentenleistung ausgesprochen.

Das BMF legte im Juni 2014 einen nochmals überarbeiteten Entwurf einer Altersvorsorge-Produktinformationsblatt-Verordnung (AltvPIBV) vor. Die Verordnung soll 18 Monate nach ihrer Verkündung in Kraft treten.

Beide Bausparkassenverbände haben im August mit einem gemeinsamen Schreiben zu dem Entwurf einer AltvPIBV Stellung genommen. Sie haben sich insbesondere für die Möglichkeit ausgesprochen, einerseits im Produktinformationsblatt Eigenheimrenten-Produkte ausreichend zu beschreiben und andererseits auf Angaben, die nur für Geldrenten-Produkte sinnvoll sind, verzichten zu können.

Anwendung des Fünften Vermögensbildungsgesetzes

Das Vermögensbildungsgesetz war mit Wirkung vom 30. Juni 2013 dahingehend geändert worden, dass eine elektronische Vermögensbildungsbescheinigung als Voraussetzung für die Gewährung der Arbeitnehmer-Sparzulage vorgesehen wird.

Die Finanzverwaltung hat im September 2014 die erstmalige Anwendung der elektronischen Vermögensbildungsbescheinigung um ein Jahr aufgeschoben und plant sie nun auf die im Jahre 2016 angelegten vermögenswirksamen Leistungen.

Kapitalmarktunion

Im März veröffentlichte die Europäische Kommission ihr Grünbuch zur Kapitalmarktunion. Darin wird negativ angemerkt, dass die Verbraucher ihr Vermögen zumeist in Spargeldern und Wohnimmobilien investieren und diese aufgrund der aktuellen Zinssituation kaum Erträge abwerfen würden.

Die Europäische Kommission fordert demgegenüber dazu auf, dass diese Vermögen der Verbraucher verstärkt in den Kapitalmarkt investiert werden sollen und wirbt um ein erhöhtes Verbrauchervertrauen in Wertpapierprodukte. Sie schlägt vor, dass künftig ein einheitlicher Rechtsrahmen für Pfandbriefe erarbeitet und Verbriefungen auf europäischer Ebene geregelt werden sollen. Ferner sollen die Sicherheiten für Kredite harmonisiert werden, KMUs sollen einfacheren Zugang zum Kapitalmarkt bekommen und Pensions- und Versicherungsgelder sollen künftig verstärkt in riskantere Investitionen umgeleitet werden können.

Bereits im Vorfeld der Veröffentlichung hatte der Verband in der europäischen Presse die Kritik der Bausparkassen am Grünbuch zum Ausdruck gebracht. Er warnt besonders vor den Überlegungen der EU, Anreize für die Umlenkung der Spareinlagen in risikoreichere Kapitalmarktprodukte zu schaffen.

Bankenunion

Im September 2012 wurde in der Eurozone der Wille gefasst, die Kreditinstitute der Eurozone durch einheitliche Sanierungs- und Abwicklungsregeln, durch eine harmonisierte Einlagensicherung, der Etablierung einer europäischen Abwicklungsbehörde, einen europäischen Abwicklungsfonds und der Übertragung der Aufsicht über die bedeutenden Kreditinstitute auf die EZB sicherer zu machen.

Im Jahr 2014 stand daher die Vorbereitung der Übernahme der Aufsicht über die sogenannten bedeutenden Kreditinstitute durch die Europäische Zentralbank im Vordergrund. Der Verband hat sich an den entsprechenden Konsultationen und Anhörungen der EZB hinsichtlich der Aufsichtsübernahme durch die EZB beteiligt und die Position der Bausparkassen als Spezialkreditinstitute vertreten.

Letztlich übernahm die Europäische Zentralbank die Aufsicht über die sogenannten bedeutenden Kreditinstitute am 4. November 2014. Der Verband hat in Gesprächen mit der EZB, die auch für die indirekte Aufsicht über die sogenannten nicht bedeutenden Kreditinstitute zuständig ist, die Besonderheiten des Bausparwesens in der Eurozone verdeutlicht.

Der Verband vertrat die Mitglieder auch bei entsprechenden Anhörungen gegenüber der Bundesbank/BaFin im Rahmen der Ausgestaltung der praktischen Umsetzung der sogenannten EZB-Rahmenverordnung.

Im Jahr 2014 hat die Bundesregierung die Richtlinie über die Abwicklung und Sanierung von Kreditinstituten und den Verordnungsvorschlag für einen einheitlichen Abwicklungsmechanismus in einer Vielzahl von Gesetzen umgesetzt.

Der Verband hat sich in den Anhörungen und Stellungnahmen für die Besonderheiten und Belange der Bausparkassen, insbesondere hinsichtlich der angemessenen Berücksichtigung des risikoarmen spezialgesetzlich geregelten Geschäfts der Spezialkreditinstitute, eingesetzt.

Auch im Rahmen der Errechnung der Beiträge für den Europäischen Abwicklungsfonds und der Übertragung der Mittel auf den europäischen Fonds in Brüssel, hat der Verband den Mitgliedern zahlreiche Hilfestellungen gegeben, um den Beitrag annäherungsweise errechnen zu können.

Einlagensicherung

Die Bundesregierung hat im Jahr 2014 das Gesetz zur Umsetzung der Einlagensicherungsrichtlinie vorgeschlagen. Der Verband hat sich für die Bausparkassen dahingehend eingesetzt, dass die abstrakte Berücksichtigung des risikoarmen Geschäftsmodells der Bausparkassen aus der Richtlinie auch bei der Umsetzung der Beitragsbelastung für die Einlagensicherung auf nationaler Ebene erfolgt.

Gegenüber der EBA hat der Verband sich dafür eingesetzt, dass die Besonderheiten der Bausparkassen und ihr risikoarmes spezialgesetzlich geregeltes Geschäftsmodell auch in den Leitlinien der EBA zur Beitragsberechnung berücksichtigt werden.

Verbraucherschutz bei Finanzdienstleistungen

Aufgrund der Finanzmarktkrise stand auch im Jahr 2014 die Weiterentwicklung des Verbraucherschutzes allgemeiner Art und besonders im Finanzdienstleistungsbereich im Fokus der europäischen und nationalen Politik.

Der Verband hat den gemeinsamen Aktionsplan des BMJV und des BMF zur Verbesserung des Schutzes von Kleinanlegern und die sich daran anschließende Diskussion zum Vorschlag des Kleinanlegerschutzgesetzes eng begleitet. Nach den Änderungen des Kleinanlegerschutzgesetzes soll der BaFin künftig die Überwachung der kollektiven Verbraucherschutzinteressen als neue Aufgabe zugewiesen werden.

EU-Regulierung des Hypothekarkredits

Nachdem die Wohnimmobilienkreditrichtlinie im Februar 2014 im Amtsblatt der EU veröffentlicht wurde, hat der Verband sich frühzeitig darum bemüht, die Besonderheiten des Bausparsystems im Rahmen der Neugestaltung der gewerberechtlichen Anforderungen für Kreditvermittler und im Zivilrecht bezüglich der Umsetzung der Änderung des Immobiliardarlehensvertragsrechts im Gesetzgebungsverfahren zu berücksichtigen.

Umsetzung der Verbraucherrechterichtlinie

Das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie 2011/83/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 25. Oktober 2011 über die Rechte der Verbraucher ist am 13. Juni 2014 in Kraft getreten. Ziel des Gesetzes ist die Stärkung der Rechte der Verbraucher, insbesondere durch Ausweitung der bereits für Fernabsatzverträge geltenden Vorgaben auf außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge.

Angesichts der erheblichen Auswirkungen des Gesetzes auch auf die Praxis der Bausparkassen, haben sich die entsprechenden Gremien des Verbandes frühzeitig mit den Neuregelungen befasst. Die Ergebnisse der Sitzungen sind in zahlreiche Unterlagen zur praktischen Umsetzung eingeflossen, die der Verband erstellt und seinen Mitgliedern im Frühjahr 2014 zur Verfügung gestellt hat.

Auch nach Inkrafttreten des Gesetzes hat der Verband die Umsetzung der Neuregelungen durch Übermittlung entsprechender Fachartikel und Durchführung von Erfahrungsaustauschen weiter begleitet.

Auch eine günstige Sofortfinanzierung ist bei den Bausparkassen möglich. Diese wird mit einem Bausparvertrag kombiniert.
Solche Angebote wurden 2014 von „Finanztest“ als „sensationell günstig“ bezeichnet.

Dafür bausparen wir!

Datenschutz

Bereits im Januar 2012 hatte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung des Europäischen Parlaments und des Rates zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr (Datenschutz-Grundverordnung) vorgelegt. Der Verband hatte über die Europäische Bausparkassenvereinigung zu dem Vorschlag Stellung genommen und Änderungsanträge zu dem Berichtsentwurf des federführenden Ausschusses für bürgerliche Freiheiten, Justiz und Inneres des Europäischen Parlaments vorgelegt. Das Plenum des Europäischen Parlaments hat den vom Ausschuss vorgeschlagenen Änderungen am 12. März 2014 zugestimmt.

Die Verhandlungen im Rat sind dagegen zunächst nur sehr langsam vorangekommen. Auch hier hat sich der Verband über die Europäische Bausparkassenvereinigung durch entsprechende Positionspapiere und Hintergrundgespräche in die Diskussionen eingebracht.

Zwischenzeitlich sind verschiedene partielle Einigungen der Mitgliedstaaten zu einzelnen Themenbereichen erzielt worden. Dies betrifft die Kapitel II („Grundsätze der Datenverarbeitung“), IV („für die Verarbeitung Verantwortlicher und Auftragsdatenverarbeiter“), V („Übermittlung personenbezogener

Daten in Drittländer oder an internationale Organisation"), VI, VII („Zentrale Kontaktstelle") und VIIII („Vorschriften für besondere Datenverarbeitungssituation"). Die weiteren Verhandlungen zu den verbleibenden Kapiteln des Verordnungsvorschlags sollen nun schnell vorangetrieben werden, um möglichst eine gemeinsame Ausrichtung des Rates zu allen Kapiteln beim Justizministertreffen am 15./16. Juni 2015 zu erzielen. Die sich unmittelbar anschließenden Trilog-Verhandlungen mit dem Europäischen Parlament wird der Verband weiterhin über die Europäische Bausparkassenvereinigung begleiten.

Alternative Streitbeilegung

Die Richtlinie 2013/11/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und die Verordnung EU Nr. 524/2013 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 21. Mai 2013 über die Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten sind am 18. Juni 2013 im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht worden.

Zur Umsetzung der beiden Rechtsakte hat das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz (BMJV) im November 2014 den Referentenentwurf eines Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten sowie den Referentenentwurf einer Verordnung über Informations- und Berichtspflichten nach dem Verbraucherstreitbeilegungsgesetz vorgelegt.

Der Verband hat seine Mitglieder frühzeitig über die europäischen Rechtsakte, die vorgelegten Referentenentwürfe zur Umsetzung und die sich daraus zukünftig ergebenden Änderungen für das Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen informiert und mit Schreiben des Verbandes vom 23. Januar 2015 umfassend gegenüber dem BMJV zu den Entwürfen Stellung genommen.

Am 27. Mai 2015 hat die Bundesregierung nunmehr das Gesetz zur Umsetzung der Richtlinie über alternative Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten und zur Durchführung der Verordnung über Online-Streitbeilegung in Verbraucherangelegenheiten beschlossen, das Mitte Juni in erster Lesung im Deutschen Bundestag beraten wird.

Der Verband wird sich weiter in das Gesetzgebungsverfahren einbringen und die sich daraus ergebenden notwendigen Änderungen der Verfahrensordnung für die außergerichtliche Beilegung von Meinungsverschiedenheiten zwischen privaten Bausparkassen und ihren Kunden (Ombudsmann-Verfahrensordnung) zeitnah mit seinen Mitgliedern erörtern.

Daneben hat der Verband die Mitglieder über die von der European Securities and Market Authority (ESMA) und der European Banking Authority (EBA) vorgelegten Leitlinien zur Beschwerdebearbeitung im Wertpapier- und Bankensektor informiert. Ziel dieser Leitlinien ist es, einen einheitlichen Standard bei der Bearbeitung von Beschwerden durch alle im Finanzdienstleistungsbereich tätigen Unternehmen zu erreichen. Die Umsetzung dieser Leitlinien durch ein entsprechendes Rundschreiben der BaFin ist für das erste Quartal 2015 angekündigt worden, steht aber weiterhin aus.

Ombudsverfahren der privaten Bausparkassen

Das Ombudsverfahren dient der außergerichtlichen Beilegung von rechtlichen Meinungsverschiedenheiten zwischen privaten Bausparkassen und ihren Kunden. Das Verfahren bietet die Möglichkeit, rechtliche Meinungsverschiedenheiten, die nicht unmittelbar mit der Bausparkasse geklärt werden konnten, durch Einschaltung der Ombudsleute außergerichtlich und weitgehend kostenfrei schlichten zu lassen.

Im Jahr 2014 konnten zunächst alle im Vorjahr, d. h. im Jahr 2013 eingereichten Beschwerden abgeschlossen werden. Der Ausgang der Verfahren gestaltete sich dabei wie folgt: Von den insgesamt 810 gegen private Bausparkassen gerichtete Beschwerden konnten 236 im Vorfeld durch Abhilfe der Bausparkasse oder Vergleichsverhandlungen beigelegt werden, so dass es in diesen Fällen keiner Entscheidung durch die Ombudsleute bedurfte. 574 Beschwerden wurden durch Schlichtungsspruch der Ombudsleute entschieden. Hiervon waren 101 unzulässig, 344 gingen zugunsten der betroffenen Bausparkasse und 102 zugunsten der Beschwerdeführer aus. In 27 Fällen schlugen die Ombudsleuten einen Vergleich vor.

Das Jahr 2014 zeichnet sich sodann durch ein zum Jahresende explosionsartig gestiegenes Beschwerdeaufkommen aus. So sind allein im Dezember 2014

mehr als 6.700 Beschwerden bei der Kundenbeschwerdestelle eingegangen, sodass auf das Jahr 2014 insgesamt rund 8.000 Beschwerden entfallen.

Zurückzuführen ist dieser regelrechte Ansturm auf das Ombudsverfahren auf die Urteile des Bundesgerichtshofs vom 28. Oktober 2014 (Az. XI ZR 348/13 und XI ZR 17/14) zur Verjährung von Rückforderungsansprüchen von unwirksamen Bearbeitungsentgelten. So hatte der Bundesgerichtshof bereits mit zwei Urteilen vom 13. Mai 2014 (Az. XI ZR 170/13 und XI ZR 405/12) entschieden, dass eine Bestimmung über ein Bearbeitungsentgelt in einem Darlehensvertrag zwischen einem Kreditinstitut und einem Verbraucher als Allgemeine Geschäftsbedingung der richterlichen Inhaltskontrolle unterliegt und im Verkehr mit Verbrauchern unwirksam ist. Im Oktober entschied er sodann, dass die kenntnisabhängige Verjährungsfrist des § 199 Abs. 1 BGB für Rückforderungsansprüche wegen unwirksam vereinbarten Bearbeitungsentgelten in Verbraucherdarlehensverträgen erst mit dem Schluss des Jahres 2011 zu laufen begann und es einzelnen Darlehensnehmern zuvor nicht zumutbar war, Klage auf Rückforderung der Bearbeitungsentgelte zu erheben. Verbrauchern wurde es dadurch ermöglicht, auch entsprechende Bearbeitungsentgelte zurückzufordern, die in den Jahren 2004 bis 2011 erhoben wurden.

Die Veröffentlichung der Urteile des BGH wurde durch eine beispiellos breit angelegte Aufklärungs- und Medienkampagne verbrauchernaher Stellen und Internetplattformen begleitet. Die Verbraucher wurden aufgefordert, ihre An-

sprüche auf Rückforderung der Bearbeitungsentgelte bei den Kreditinstituten geltend zu machen. Reagierten die betroffenen Kreditinstitute nicht oder nicht zeitnah, wurde den Verbrauchern der Rat gegeben, bis zum Jahresende verjährungshemmende Maßnahmen zu ergreifen, wie beispielsweise die Einlegung einer Beschwerde bei der zuständigen Schlichtungsstelle.

Die zum Teil undifferenzierte Darstellung der Sachlage in den Medien hat letztlich dazu geführt, dass sich nicht nur Kunden der Bausparkassen mit berechtigten Ansprüchen an die Kundenbeschwerdestelle gewendet haben, sondern diese vielfach auch die Erstattung von bereits höchstrichterlich anerkannten Gebühren, wie der Abschlussgebühr, in einem bislang ungekannten Ausmaß gefordert haben. Die Zulässigkeit der Abschlussgebühr ist bereits mit Urteil des Bundesgerichtshofs vom 7. Dezember 2010 (Az. XI ZR 3/10) bestätigt worden und wird heute auch nicht mehr von den Vertretern der Verbraucher in Frage gestellt.

Auch wenn seit Ende des vergangenen Jahres umfassende Maßnahmen in organisatorischer und personeller Hinsicht zur Bewältigung des Beschwerdeaufkommens ergriffen wurden, wird deutlich, dass die Bearbeitung der zum Jahresende 2014 eingegangenen Beschwerden längere Zeit in Anspruch nehmen wird. Hinzu kommt, dass auch das erste Halbjahr 2015 durch einen weiterhin hohen Eingang an Beschwerden geprägt ist. Hierzu trägt zum einen die weiterhin andauernde Übermittlung von Beschwerden durch andere

Schlichtungsstellen bei. Zum anderen macht sich bemerkbar, dass die Bausparkassen angesichts der andauernden und von der EZB herbeigeführten Niedrigzinslage gezwungen sind, auch unpopuläre Maßnahmen zu ergreifen, wie etwa die Kündigungen von Bausparverträgen, über die in den Medien entsprechend berichtet wird.

Verzeichnis der Tabellen

Tabelle 1
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 2
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2013 und 2014

Tabelle 3
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 4
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 5
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 6
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 7
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2014

Tabelle 8
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2014

Tabelle 9
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2012 bis 2014

Tabelle 10
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 11
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Tabelle 12
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2014

Tabelle 13
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 14
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 15
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 16
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 17
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 18
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2014

Tabelle 19
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2014

Tabelle 20
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2014

Tabelle 21
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2014

Tabelle 22
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2009 bis 2014

Tabelle 23
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2009 bis 2014

Tabelle 24
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Tabelle 1:
Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Auszahlungen nach Zuteilung[1]		Auszahlungen an Vor- und Zwischenkrediten		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen		Auszahlungen insgesamt
	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €	Anteil %	Mio. €
2005	15.664,0	52,3	12.362,3	41,3	1.924,2	6,4	29.950,6[2]
2006	17.846,3	56,1	11.950,1	37,6	2.000,0	6,3	31.796,4
2007	21.385,7	61,0	11.838,4	33,8	1.829,0	5,2	35.053,1
2008	26.126,9	63,9	12.355,1	30,2	2.384,7	5,8	40.866,7
2009	19.329,5	58,3	11.633,7	35,1	2.207,8	6,7	33.171,0
2010	16.619,5	55,0	11.647,1	38,6	1.935,8	6,4	30.202,3[2]
2011	17.847,2	54,2	12.908,5	39,2	2.183,7	6,6	32.939,4
2012	17.397,7	52,2	14.049,3	42,2	1.871,0	5,6	33.318,0
2013	16.653,2	49,5	15.189,1	45,2	1.768,0	5,3	33.610,3
2014	15.085,6	46,6	15.610,7	48,2	1.694,2	5,2	32.390,4[2]

1) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge. Bauspareinlagen und Bauspardarlehen.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 2:
Regionale Gliederung der genehmigten Wohnungen und der Auszahlungen aller deutschen Bausparkassen 2013 und 2014

Bundesland	2013				2014			
	Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]		Wohnungen in genehmigten Bauvorhaben[1]		Auszahlungen der Bausparkassen für den Wohnungsbau[2]	
	Anzahl	%	Mio. €	%	Anzahl	%	Mio. €	%
Schleswig-Holstein	12.089	4,5	1.278,0	3,9	12.178	4,3	1.207,0	3,8
Hamburg	10.012	3,7	569,3	1,7	10.923	3,8	546,8	1,7
Niedersachsen	25.238	9,3	3.450,9	10,5	26.155	9,2	3.346,2	10,5
Bremen	1.696	0,6	196,4	0,6	1.846	0,6	189,2	0,6
Nordrhein-Westfalen	47.310	17,5	5.977,3	18,1	45.318	15,9	5.799,8	18,2
Hessen	20.194	7,5	2.381,4	7,2	22.181	7,8	2.300,5	7,2
Rheinland-Pfalz	14.399	5,3	2.138,6	6,5	13.449	4,7	2.083,2	6,6
Baden-Württemberg	37.425	13,8	5.746,9	17,4	37.897	13,3	5.464,2	17,2
Bayern	56.120	20,8	5.743,7	17,4	58.761	20,6	5.511,2	17,3
Saarland	2.022	0,7	602,2	1,8	1.749	0,6	568,1	1,8
Berlin	12.511	4,6	642,0	1,9	19.272	6,8	619,3	1,9
Brandenburg	9.989	3,7	952,6	2,9	11.986	4,2	934,9	2,9
Mecklenburg-Vorpommern	5.680	2,1	561,0	1,7	4.747	1,7	555,0	1,7
Sachsen	8.571	3,2	1.217,3	3,7	10.416	3,7	1.224,7	3,9
Sachsen-Anhalt	2.937	1,1	760,5	2,3	3.769	1,3	743,6	2,3
Thüringen	4.171	1,5	739,5	2,2	4.204	1,5	702,0	2,2
Deutschland	**270.364**	**99,9**	**32.957,4[3]**	**99,8**	**284.851**	**100,0**	**31.795,9[3]**	**99,8**

1) In Wohn- und Nichtwohnbauten. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.
Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 3:
Eingelöste Neuabschlüsse bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]	
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
a) In Westdeutschland[2]				
2005	3.068.924	- 7,5	81.099,1	- 1,7
2006	2.867.327	- 6,6	82.357,4	+ 1,6
2007	2.582.768	- 9,9	77.493,1	- 5,9
2008	2.915.707	+ 12,9	84.223,9	+ 8,7
2009	2.502.853	- 14,2	75.605,1	- 10,2
2010	2.580.885	+ 3,1	80.039,3	+ 5,9
2011	2.607.083	+ 1,0	86.408,7	+ 8,0
2012	2.685.981	+ 3,0	88.196,9	+ 2,1
2013	2.760.181	+ 2,8	91.493,3	+ 3,7
2014	2.215.227	- 19,7	82.260,7	- 10,1
b) In Ostdeutschland[2]				
2005	641.782	- 7,7	12.991,5	- 5,2
2006	601.714	- 6,2	12.650,5	- 2,6
2007	524.417	- 12,8	11.698,3	- 7,5
2008	612.154	+ 16,7	13.137,2	+ 12,3
2009	508.696	- 16,9	11.690,9	- 11,0
2010	511.600	+ 0,6	12.134,3	+ 3,8
2011	504.472	- 1,4	12.479,3	+ 2,8
2012	528.776	+ 4,8	13.330,5	+ 6,8
2013	522.571	- 1,2	13.552,3	+ 1,7
2014	425.191	- 18,6	12.033,9	- 11,2
c) In Deutschland insgesamt[3]				
2005	3.733.856	- 7,5	95.420,2	- 2,0
2006	3.492.059	- 6,5	96.383,4	+ 1,0
2007	3.128.851	- 10,4	90.442,2	- 6,2
2008	3.549.190	+ 13,4	98.612,1	+ 9,0
2009	3.031.316	- 14,6	88.481,6	- 10,3
2010	3.113.057	+ 2,7	93.366,9	+ 5,5
2011	3.134.359	+ 0,7	100.188,7	+ 7,3
2012	3.236.257	+ 3,3	102.616,6	+ 2,4
2013	3.304.153	+ 2,1	106.110,1	+ 3,4
2014	2.660.229	- 19,5	95.389,1	- 10,1

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 4:
Vertragsbestände bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2005	27.120.072	613.208,1	5.543.257	118.058,9	32.663.329	731.267,0
2006	26.976.775	629.966,9	4.962.957	108.496,5	31.939.732	738.463,4
2007	26.431.481	637.549,4	4.627.061	105.838,9	31.058.542	743.388,3
2008	26.050.335	646.269,5	4.470.267	107.675,1	30.520.602	753.944,6
2009	25.879.006	657.745,5	4.230.794	105.700,2	30.109.800	763.445,7
2010	26.042.228	679.687,2	3.940.697	100.933,6	29.982.925	780.620,8
2011	26.229.507	705.385,8	3.731.078	98.604,4	29.960.585	803.990,2
2012	26.534.415	732.802,4	3.447.216	91.906,4	29.981.631	824.708,7[1]
2013	27.110.027	763.265,5	3.126.583	84.643,7	30.236.610	847.909,2
2014	27.303.987	786.871,8	2.830.262	78.341,0	30.134.249	865.212,9[1]

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 5:
Geldeingänge bei allen deutschen Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Spargeldeingänge[1]		Zins- und Tilgungseingänge		Wohnungsbauprämien		Geldeingänge insgesamt	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2005	26.171,2	+ 1,5	13.677,4	+ 2,9	517,3	- 16,8	40.365,9	+ 1,7
2006	25.476,1	- 2,7	11.458,5	- 16,2	516,2	- 0,2	37.450,8	- 7,2
2007	24.386,9	- 4,3	10.388,1	- 9,3	468,9	- 9,2	35.244,0[2]	- 5,9
2008	23.997,2	- 1,6	10.195,6	- 1,9	479,5	+ 2,2	34.672,4[2]	- 1,6
2009	25.258,6	+ 5,3	11.443,8	+ 12,2	455,6	- 5,0	37.157,9	+ 7,2
2010	27.548,0	+ 9,1	11.830,5	+ 3,4	546,3	+ 19,9	39.924,8	+ 7,4
2011	27.237,3	- 1,1	11.100,1	- 6,2	458,8	- 16,0	38.796,2	- 2,8
2012	28.323,4	+ 4,0	12.165,1	+ 9,6	408,3	- 11,0	40.896,7[2]	+ 5,4
2013	29.489,3	+ 4,1	11.645,5	- 4,3	379,4	- 7,1	41.514,2	+ 1,5
2014	28.649,4	- 2,8	10.168,7	- 12,7	359,6	- 5,2	39.177,6[2]	- 5,6

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 6:
Eingelöste Neuabschlüsse bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittliche Bausparsumme je Vertrag (€)
	absolut	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
a) In Westdeutschland[2]					
2005	1.823.118	- 9,3	50.432,0	- 3,5	27.663
2006	1.707.059	- 6,4	51.148,7	+ 1,4	29.963
2007	1.487.675	- 12,9	47.709,2	- 6,7	32.070
2008	1.694.817	+ 13,9	52.942,9	+ 11,0	31.238
2009	1.480.077	- 12,7	46.855,1	- 11,5	31.657
2010	1.504.160	+ 1,6	49.386,2	+ 5,4	32.833
2011	1.522.601	+ 1,2	54.537,8	+ 10,4	35.819
2012	1.578.141	+ 3,6	55.397,1	+ 1,6	35.103
2013	1.737.198	+ 10,1	59.436,7	+ 7,3	34.214
2014	1.265.787	- 27,1	50.281,9	- 15,4	39.724
b) In Ostdeutschland[2]					
2005	388.175	- 8,9	8.765,8	- 6,1	22.582
2006	366.450	- 5,6	8.600,7	- 1,9	23.470
2007	314.852	- 14,1	7.868,2	- 8,5	24.990
2008	359.372	+ 14,1	8.640,1	+ 9,8	24.042
2009	314.757	- 12,4	7.949,0	- 8,0	25.254
2010	316.441	+ 0,5	8.157,8	+ 2,6	25.780
2011	324.168	+ 2,4	8.700,6	+ 6,7	26.840
2012	328.758	+ 1,4	9.076,6	+ 4,3	27.609
2013	341.942	+ 4,0	9.626,2	+ 6,1	28.151
2014	263.846	- 22,8	8.167,0	- 15,2	30.954
c) In Deutschland insgesamt[3]					
2005	2.234.443	- 9,1	60.527,5	- 3,5	27.088
2006	2.096.527	- 6,2	61.124,9	+ 1,0	29.155
2007	1.824.193	- 13,0	56.828,2	- 7,0	31.153
2008	2.075.518	+ 13,8	62.833,9	+ 10,6	30.274
2009	1.814.601	- 12,6	55.989,6	- 10,9	30.855
2010	1.841.173	+ 1,5	58.737,3	+ 4,9	31.902
2011	1.869.573	+ 1,5	64.539,1	+ 9,9	34.521
2012	1.928.399	+ 3,1	65.562,9	+ 1,6	33.999
2013	2.100.541	+ 8,9	70.127,4	+ 7,0	33.385
2014	1.549.444	- 26,2	59.543,3	- 15,1	38.429

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Berlin ist insgesamt Ostdeutschland zugeordnet worden.

3) Einschließlich Neuabschlüsse von Bausparern mit Sitz im Ausland (i.d.R. EU).

Tabelle 7:
Neuabschlüsse und Spargeldeingänge bei den privaten Bausparkassen im Jahresablauf 2014

Monat	Eingelöste Bausparverträge			Spargeldeingang[2]	
	Anzahl	Bausparsummen[1]			
		Mio. €	%	Mio. €	%
Januar	133.863	4.945,1	8,3	1.610,5	8,7
Februar	128.579	4.758,4	8,0	1.580,1	8,5
März	123.385	4.675,7	7,9	1.604,1	8,6
April	131.800	4.936,7	8,3	1.439,6	7,7
Mai	131.966	4.919,0	8,3	1.576,3	8,5
Juni	121.808	4.657,4	7,8	1.600,4	8,6
Juli	124.950	4.890,9	8,2	1.439,3	7,7
August	121.636	4.800,8	8,1	1.481,2	8,0
September	124.560	4.921,1	8,3	1.590,4	8,6
Oktober	125.826	5.000,1	8,4	1.474,3	7,9
November	130.757	4.985,2	8,4	1.500,2	8,1
Dezember	150.314	6.052,9	10,2	1.703,5	9,2
Summe	**1.549.444**	**59.543,3**	**100,2**	**18.599,9**	**100,1**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 8:
Berufsgliederung der neuen Bausparer und der neuen Darlehensnehmer bei den privaten Bausparkassen 2014

Berufsgruppe	Eingelöste Bausparverträge					Darlehensnehmer	
	Anzahl		Bausparsummen[1]		Durchschnittl. Bausparsumme je Vertrag (€)	Anzahl	
	absolut	%	Mio. €	%		absolut	%
Arbeiter[2]	231.716	15,0	8.238,6	13,8	35.555	52.110	18,0
Angestellte	718.202	46,4	29.541,2	49,6	41.132	147.859	51,2
Beamte	101.472	6,5	3.975,0	6,7	39.173	21.471	7,4
Rentner und Pensionäre	147.534	9,5	4.517,6	7,6	30.621	37.800	13,1
Selbständige in Handel, Handwerk und Industrie	39.002	2,5	2.684,7	4,5	68.834	12.510	4,3
Land- und Forstwirte	3.193	0,2	202,2	0,3	63.334	857	0,3
Freie Berufe	10.952	0,7	1.048,6	1,8	95.748	3.047	1,1
Juristische Personen	1.737	0,1	855,3	1,4	492.414	152	0,1
Personen ohne Beruf, Schüler, Studenten und Hausfrauen	275.823	17,8	7.385,6	12,4	26.777	13.159	4,6
Bausparer mit Sitz im Ausland[3]	19.813	1,3	1.094,5	1,8	55.240	---	---
Insgesamt	**1.549.444**	**100,0**	**59.543,3**	**99,9**	**38.429**	**288.965**	**100,1**

1) Einschließlich Erhöhungen.

2) Einschließlich nicht selbständiger Handwerker.

3) Bausparer mit Sitz im Ausland unter den Darlehensnehmern sind den einzelnen Berufsgruppen zugeordnet.

Tabelle 9:
Altersgliederung der neuen Bausparer bei den privaten Bausparkassen 2012 bis 2014

Alter der Bausparer (31.12.)	Anteile an den eingelösten Bausparverträgen (%)					
	Anzahl			Bausparsumme[1]		
	2012	2013	2014	2012	2013	2014
unter 20 Jahre	11,5	19,3	10,5	6,6	11,4	5,6
20 bis unter 30 Jahre	16,9	17,4	17,3	15,9	16,6	16,3
30 bis unter 40 Jahre	16,8	15,1	18,3	21,4	20,7	24,0
40 bis unter 50 Jahre	21,4	17,9	20,2	25,2	22,4	23,8
50 bis unter 60 Jahre	18,4	16,7	19,3	18,0	17,0	18,5
60 Jahre und mehr	14,9	13,5	14,4	12,9	12,0	11,8
Insgesamt	**99,9**	**99,9**	**100,0**	**100,0**	**100,1**	**100,0**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 10:
Vertragsbestände bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Nicht zugeteilte Bausparverträge		Zugeteilte Bausparverträge		Bausparverträge insgesamt	
	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)	Anzahl	Bausparsummen (Mio. €)
2005	17.663.104	410.721,1	3.444.272	75.318,5	21.107.376	486.039,5[1]
2006	17.456.398	420.629,9	3.082.809	69.205,8	20.539.207	489.835,8[1]
2007	16.984.832	424.334,5	2.890.597	67.788,2	19.875.429	492.122,7
2008	16.601.464	428.611,5	2.822.139	69.508,5	19.423.603	498.120,0
2009	16.467.801	435.860,3	2.689.623	68.339,6	19.157.424	504.199,9
2010	16.556.970	450.348,6	2.531.723	65.702,0	19.088.693	516.050,6
2011	16.663.197	468.332,5	2.441.586	64.911,5	19.104.783	533.244,0
2012	16.813.102	486.853,3	2.309.042	61.616,0	19.122.144	548.469,3
2013	17.264.613	509.591,4	2.140.745	58.019,6	19.405.358	567.611,0
2014	17.329.590	523.615,5	1.974.626	55.079,2	19.304.216	578.694,7

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 11:
Durchschnittliche Bausparsummen und durchschnittliche Ansparung der nicht zugeteilten Verträge bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014 (jeweils per 31.12.)

Jahres-ende	Bauspareinlagen (Mio. €)	Nicht zugeteilte Bausparverträge			Durchschnittl. Guthaben je nicht zugeteiltem Bausparvertrag	
		Anzahl	Bauspar-summen (Mio. €)	Durchschnittliche Bausparsumme (€)	€	% der durch-schnittl. Bauspar-summe je nicht zugeteiltem Vertrag
2005	82.341,6	17.663.104	410.721,1	23.253	4.662	20,0
2006	84.364,4	17.456.398	420.629,9	24.096	4.833	20,1
2007	83.610,2	16.984.832	424.334,5	24.983	4.923	19,7
2008	80.001,1	16.601.464	428.611,5	25.818	4.819	18,7
2009	82.248,4	16.467.801	435.860,3	26.467	4.994	18,9
2010	87.802,0	16.556.970	450.348,6	27.200	5.303	19,5
2011	91.965,8	16.663.197	468.332,5	28.106	5.519	19,6
2012	95.892,9	16.813.102	486.853,3	28.957	5.703	19,7
2013	101.153,5	17.264.613	509.591,4	29.517	5.859	19,8
2014	106.075,6	17.329.590	523.615,5	30.215	6.121	20,3

Tabelle 12:
Größengliederung der nicht zugeteilten Bausparverträge bei den privaten Bausparkassen am 31.12.2014

Größenklassen (€)	Anzahl		Bausparsummen		
	absolut	%	Mio. €	%	Durchschnitt (€)
bis 10.000	5.120.993	29,6	44.206,7	8,4	8.632
über 10.000 - 25.000	6.232.778	36,0	111.134,3	21,2	17.831
über 25.000 - 150.000	5.734.773	33,1	309.520,3	59,1	53.973
über 150.000 - 500.000	233.929	1,3	51.589,3	9,9	220.534
über 500.000	7.117	0,0	7.165,0	1,4	1.006.741
Insgesamt	**17.329.590**	**100,0**	**523.615,5**[1]	**100,0**	**30.215**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 13:
Geldeingänge bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Spargeldeingänge[1]			Zins- und Tilgungseingänge			Wohnungsbauprämien-Eingänge[2]				Geldeingänge insges.	
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	in % der Geldeingänge insges.	in % der Spargeldeingänge[3] d. Vorjahres	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)
2005	16.967,2	- 0,7	64,2	9.131,6	+ 1,6	34,6	326,9	- 11,4	1,2	1,7	26.425,7	- 0,1
2006	16.432,1	- 3,2	67,3	7.647,6	- 16,3	31,3	337,7	+ 3,3	1,4	1,8	24.417,3[4]	- 7,6
2007	15.526,2	- 5,5	67,9	7.026,5	- 8,1	30,7	302,5	- 10,4	1,3	1,6	22.855,2	- 6,4
2008	15.459,9	- 0,4	68,2	6.904,8	- 1,7	30,5	304,4	+ 0,6	1,3	1,7	22.669,1	- 0,8
2009	16.300,6	+ 5,4	66,9	7.785,8	+ 12,8	31,9	285,6	- 6,2	1,2	1,7	24.372,0	+ 7,5
2010	18.147,2	+ 11,3	68,7	7.939,6	+ 2,0	30,0	334,6	+ 17,2	1,3	1,9	26.421,4	+ 8,4
2011	18.109,3	- 0,2	69,7	7.589,6	- 4,4	29,2	270,7	- 19,1	1,0	1,4	25.969,6	- 1,7
2012	18.721,0	+ 3,4	68,7	8.264,0	+ 8,9	30,3	251,7	- 7,0	0,9	1,3	27.236,7[4]	+ 4,9
2013	19.695,6	+ 5,2	70,3	8.107,6	- 1,9	28,9	232,5	- 7,6	0,8	1,1	28.035,7	+ 2,9
2014	18.599,9	- 5,6	71,3	7.260,5	- 10,4	27,8	220,7	- 5,1	0,8	1,0	26.081,0[4]	- 7,0

1) Ohne Zinsgutschriften.

2) Für Antragsbewilligungen aus dem jeweiligen Jahr und Vorjahren.

3) Einschließlich Zinsgutschriften.

4) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 14:
Sparintensität bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes[1] (Mio. €)	Spargeldeingänge[2] (Mio. €)	Jahressparleistung in % der Bausparsummen des nicht zugeteilten Vertragsbestandes
2005	402.511,0	16.967,2	4,2
2006	417.555,4	16.432,1	3,9
2007	422.120,3	15.526,2	3,7
2008	424.269,4	15.459,9	3,6
2009	430.954,1	16.300,6	3,8
2010	442.353,9	18.147,2	4,1
2011	459.366,3	18.109,3	3,9
2012	477.135,2	18.721,0	3,9
2013	499.661,0	19.695,6	3,9
2014	515.934,3	18.599,9	3,6

1) Durchschnittswerte, errechnet jeweils aus den 12 Monatsendwerten.

2) Ohne Zinsgutschriften.

Tabelle 15:
Tilgungsbeträge und Zins- und Tilgungsleistungen bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Tilgungsbeträge		Zins- und Tilgungsleistungen		Anteil der Tilgungsbeträge an den Zins- und Tilgungsleistungen (%)
	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung gegenüber Vorjahr (%)	
2005	7.240,1	+ 0,1	9.131,6	+ 1,6	79,3
2006	6.061,6	- 16,3	7.647,6	- 16,3	79,3
2007	5.390,6	- 11,1	7.026,5	- 8,1	76,7
2008	5.422,6	+ 0,6	6.904,8	- 1,7	78,5
2009	5.977,5	+ 10,2	7.785,8	+ 12,8	76,8
2010	6.223,4	+ 4,1	7.939,6	+ 2,0	78,4
2011	6.155,5	- 1,1	7.589,6	- 4,4	81,1
2012	6.576,7	+ 6,8	8.264,0	+ 8,9	79,6
2013	6.583,5	+ 0,1	8.107,6	- 1,9	81,2
2014	5.835,6	- 11,4	7.260,5	- 10,4	80,4

Tabelle 16:
Wohnungsbauprämienstatistik der privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Anzahl der nicht zugeteilten Bausparverträge am Jahresende	Anzahl der bewilligten WoP-Anträge	Bewilligte WoP-Anträge in % der nicht zugeteilten Bausparverträge des Vorjahres	Ermittelte WoP[1] für Bausparkonten (Mio. €)	Durchschnittlicher Prämienbetrag je bewilligtem WoP-Antrag (€)
2005	17.663.104	5.343.429	30,5	274,2	51
2006	17.456.398	5.286.053	29,9	265,4	50
2007	16.984.832	5.199.116	29,8	259,8	50
2008	16.601.464	5.051.051	29,7	249,2	49
2009	16.467.801	4.734.220	28,5	227,7	48
2010	16.556.970	4.626.231	28,1	229,5	50
2011	16.663.197	4.293.617	25,9	210,4	49
2012	16.813.102	4.646.671	27,9	226,9	49
2013	17.264.613	3.985.603	23,7	179,0	45
2014	17.329.590	3.804.058	22,0	171,6	45

1) Für bewilligte WoP-Anträge des jeweiligen Jahres.

Tabelle 17:
Neuzusagen und Auszahlungen der privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahr	Neuzusagen[1]		Auszahlungen[1] insgesamt		Auszahlungen[2] nach Zuteilung						Auszahlungen an Baudarlehen aus Zwischenkreditgewährung		Auszahlungen an sonstigen Baudarlehen
					insgesamt		an Bauspareinlagen		an Bauspardarlehen				
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €
2005	23.827,5	- 1,8	21.881,6	- 9,6	10.064,3	- 9,3	8.247,3	- 4,3	1.817,0	- 26,5	9.968,3	- 9,0	1.849,0
2006	24.633,1	+ 3,4	23.416,2	+ 7,0	11.773,5	+ 17,0	9.783,6	+ 18,6	1.989,9	+ 9,5	9.695,6	- 2,7	1.947,1
2007	26.838,4	+ 9,0	26.030,1	+ 11,2	14.281,0	+ 21,3	11.596,3	+ 18,5	2.684,7	+ 34,9	9.964,9	+ 2,8	1.784,2
2008	30.676,3	+ 14,3	30.848,6	+ 18,5	18.017,4	+ 26,2	14.377,2	+ 24,0	3.640,2	+ 35,6	10.530,8	+ 5,7	2.300,4
2009	27.022,8	- 11,9	23.991,5	- 22,2	12.570,4	- 30,2	9.546,5	- 33,6	3.023,9	- 16,9	9.322,3	- 11,5	2.098,8
2010	24.622,2	- 8,9	21.633,5[3]	- 9,8	10.603,6	- 15,6	8.411,4	- 11,9	2.192,2	- 27,5	9.236,9	- 0,9	1.793,1
2011	26.405,5	+ 7,2	23.399,6[3]	+ 8,2	11.484,4	+ 8,3	9.151,7	+ 8,8	2.332,7	+ 6,4	9.863,0	+ 6,8	2.052,3
2012	28.560,2	+ 8,2	24.061,6	+ 2,8	11.666,6	+ 1,6	9.866,6	+ 7,8	1.800,0	- 22,8	10.752,7	+ 9,0	1.642,3
2013	27.710,6	- 3,0	24.311,4[3]	+ 1,0	11.196,8[3]	- 4,0	9.474,1	- 4,0	1.722,6	- 4,3	11.587,2	+ 7,8	1.527,5
2014	27.204,6	- 1,8	23.972,0	- 1,4	10.398,8	- 7,1	8.817,7	- 6,9	1.581,1	- 8,2	12.003,1	+ 3,6	1.570,1

1) Neuzusagen und Auszahlungen für den Wohnungsneubau, den Kauf, die Entschuldung, Modernisierung, Instandsetzung und andere wohnungswirtschaftliche Zwecke.

2) Reine Auszahlungen ohne die zur Ablösung von Zwischenkrediten dienenden Beträge.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 18:
Regionale Gliederung des Neugeschäfts der privaten Bausparkassen 2014

Bundesland	Eingelöste Neuabschlüsse					
	Anzahl		Bausparsummen[1]			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	Durchschnitt (€)
Schleswig-Holstein	54.399	- 18,7	2.083,8	- 11,1	3,6	38.306
Hamburg	19.998	- 20,6	982,4	- 13,2	1,7	49.125
Niedersachsen	154.119	- 22,0	5.707,2	- 11,5	9,8	37.031
Bremen	8.509	- 20,6	327,8	- 12,8	0,6	38.522
Nordrhein-Westfalen	280.750	- 22,2	10.703,0	- 13,0	18,3	38.123
Hessen	119.003	- 26,2	4.498,7	- 15,0	7,7	37.804
Rheinland-Pfalz	89.953	- 27,1	3.480,6	- 16,4	6,0	38.694
Baden-Württemberg	241.397	- 29,4	10.184,9	- 17,3	17,4	42.191
Bayern	274.356	- 34,7	11.470,1	- 18,6	19,6	41.807
Saarland	23.303	- 19,7	843,3	- 13,2	1,4	36.188
Berlin	33.194	- 20,6	1.393,0	- 11,0	2,4	41.966
Brandenburg	43.337	- 20,1	1.388,1	- 10,4	2,4	32.029
Mecklenburg-Vorpommern	28.370	- 21,5	851,6	- 18,0	1,5	30.017
Sachsen	68.067	- 27,1	1.937,4	- 19,4	3,3	28.463
Sachsen-Anhalt	42.778	- 21,1	1.209,2	- 15,3	2,1	28.266
Thüringen	48.100	- 22,6	1.387,8	- 15,4	2,4	28.852
Deutschland	**1.529.633**	**- 26,4**	**58.448,9**	**- 15,4**	**100,2**	**38.211**

1) Einschließlich Erhöhungen.

Tabelle 19:
Regionale Gliederung der Vertragsbestände der privaten Bausparkassen 2014

Bundesland	Vertragsbestände am Jahresende					
	Anzahl		Bausparsummen			
	absolut	Änderung geg. Vorjahr (%)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)
Schleswig-Holstein	632.364	- 2,7	19.926,9	+ 5,2	3,5	7.046
Hamburg	221.608	- 4,5	7.512,4	+ 5,1	1,3	4.281
Niedersachsen	1.902.127	- 0,9	53.826,7	+ 1,0	9,5	6.882
Bremen	95.179	- 13,8	2.918,3	+ 4,9	0,5	4.427
Nordrhein-Westfalen	3.325.118	- 1,9	96.864,1	+ 0,3	17,1	5.499
Hessen	1.518.057	- 0,7	45.430,5	+ 1,5	8,0	7.470
Rheinland-Pfalz	1.115.806	- 0,8	33.892,4	+ 3,7	6,0	8.457
Baden-Württemberg	3.252.078	+ 1,5	105.185,9	+ 2,9	18,5	9.828
Bayern	3.637.866	+ 1,0	115.249,3	+ 2,9	20,3	9.092
Saarland	266.467	- 6,2	7.577,9	+ 0,5	1,3	7.660
Berlin	375.447	- 5,5	11.468,5	- 1,6	2,0	3.321
Brandenburg	528.030	- 0,9	14.308,1	+ 2,0	2,5	5.825
Mecklenburg-Vorpommern	337.904	- 1,4	8.309,1	- 4,8	1,5	5.197
Sachsen	852.871	+ 2,1	20.174,8	+ 2,4	3,6	4.982
Sachsen-Anhalt	472.068	- 2,0	11.737,2	+ 0,9	2,1	5.249
Thüringen	546.615	- 0,3	12.834,0	+ 0,3	2,3	5.955
Deutschland	**19.079.605**	**- 0,5**	**567.216,1**	**+ 1,9**	**100,0**	**6.995**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2014. Quelle: Statistisches Bundesamt.

Tabelle 20:
Regionale Gliederung des Geldeingangs der privaten Bausparkassen 2014

Bundesland	Eingänge an						
	Spargeldern[1]				Zins- u. Tilgungszahlungen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[2] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	589,8	- 0,3	3,2	209	322,1	- 2,7	4,5
Hamburg	262,8	- 9,5	1,4	150	73,9	- 8,1	1,0
Niedersachsen	1.691,5	- 3,9	9,2	216	765,1	- 10,5	10,8
Bremen	98,1	- 12,7	0,5	149	42,3	- 4,0	0,6
Nordrhein-Westfalen	3.003,6	- 6,7	16,3	171	1.293,6	- 10,5	18,2
Hessen	1.488,3	- 4,3	8,1	245	602,5	- 11,7	8,5
Rheinland-Pfalz	1.180,6	- 4,6	6,4	295	479,9	- 12,1	6,7
Baden-Württemberg	3.353,0	- 6,9	18,2	313	1.045,8	- 13,8	14,7
Bayern	3.940,3	- 6,0	21,4	311	993,1	- 15,0	14,0
Saarland	272,0	+ 4,1	1,5	275	140,7	- 10,2	2,0
Berlin	390,7	- 4,9	2,1	113	136,0	- 5,6	1,9
Brandenburg	431,3	- 4,9	2,3	176	276,1	- 2,9	3,9
Mecklenburg-Vorpommern	257,7	- 6,6	1,4	161	164,3	- 7,1	2,3
Sachsen	676,4	- 6,1	3,7	167	346,3	- 7,5	4,9
Sachsen-Anhalt	364,4	- 5,7	2,0	163	214,1	- 7,4	3,0
Thüringen	431,4	- 7,9	2,3	200	216,2	- 9,2	3,0
Deutschland	**18.431,6[3]**	**- 5,7**	**100,0**	**227**	**7.112,0**	**- 10,8**	**100,0**

1) Ohne Zinsgutschriften, einschließlich Gutschriften von Wohnungsbauprämien.

2) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2014. Quelle: Statistisches Bundesamt.

3) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 21:
Regionale Gliederung der Bauspareinlagen und der Baudarlehen der privaten Bausparkassen 2014

Bundesland	Bestände am Jahresende an						
	Bauspareinlagen				Baudarlehen		
	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)	je Kopf der Bevölkerung[1] (€)	Mio. €	Änderung geg. Vorjahr (%)	Anteile (%)
Schleswig-Holstein	3.117,5	- 0,9	3,0	1.102	4.938,2	+ 0,6	5,4
Hamburg	1.341,5	- 3,8	1,3	764	1.412,1	+ 5,6	1,5
Niedersachsen	9.187,2	+ 3,6	8,8	1.175	9.722,4	+ 1,4	10,7
Bremen	621,0	+ 2,1	0,6	942	602,5	+ 31,6	0,7
Nordrhein-Westfalen	16.921,4	+ 2,4	16,3	961	16.544,9	+ 1,3	18,1
Hessen	8.262,7	+ 4,7	7,9	1.359	8.746,4	+ 5,1	9,6
Rheinland-Pfalz	6.197,2	+ 6,7	6,0	1.546	6.030,1	+ 1,2	6,6
Baden-Württemberg	19.467,9	+ 5,7	18,7	1.819	11.320,6	+ 3,2	12,4
Bayern	22.925,2	+ 6,6	22,0	1.809	12.260,0	+ 0,7	13,4
Saarland	1.407,4	+ 3,8	1,4	1.423	1.403,1	- 0,5	1,5
Berlin	2.329,8	+ 14,7	2,2	675	2.390,5	+ 2,1	2,6
Brandenburg	2.434,7	+ 2,1	2,3	991	4.021,0	- 0,6	4,4
Mecklenburg-Vorpommern	1.353,2	- 2,0	1,3	846	2.028,7	- 2,4	2,2
Sachsen	4.066,6	+ 8,8	3,9	1.004	4.202,3	+ 6,6	4,6
Sachsen-Anhalt	2.140,0	+ 13,0	2,1	957	2.909,8	+ 5,4	3,2
Thüringen	2.270,4	+ 0,2	2,2	1.053	2.627,8	+ 4,7	2,9
Deutschland	**104.043,5[2]**	**+ 4,9**	**100,0**	**1.283**	**91.160,5[2]**	**+ 2,3**	**99,8**

1) Bezogen auf den Stand der Wohnbevölkerung am 30.09.2014. Quelle: Statistisches Bundesamt.

2) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 22:
Gewinn- und Verlustrechnungen der privaten Bausparkassen 2009 bis 2014

	2009		2010		2011		2012		2013		2014	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AUFWENDUNGEN												
Verwaltungskosten												
- Personelle Aufwendungen	1.577,0	22,6	1.637,6	23,0	1.753,2	22,9	1.690,5	24,4	1.723,8	25,9	1.610,7	24,3
- Sach- und allgemeine Aufwendungen	797,1	11,4	887,4	12,5	911,3	11,9	982,7	14,2	975,4	14,7	950,1	14,3
Abschreibungen und Wertberichtigungen												
- auf Baudarlehen	267,8	3,8	227,1	3,2	162,5	2,1	161,0	2,3	190,2	2,9	139,7	2,1
- Sonstige	29,9	0,4	78,4	1,1	31,2	0,4	28,1	0,4	37,8	0,6	29,1	0,4
Zinsen												
- auf Bauspareinlagen	2.023,5	29,0	2.106,1	29,6	2.061,8	26,9	2.118,0	30,6	2.118,0	31,9	2.168,4	32,7
- Sonstige	1.449,5	20,7	1.368,2	19,2	1.288,0	16,8	1.222,8	17,7	1.060,6	16,0	909,9	13,7
Steuern und öffentliche Abgaben	173,9	2,5	247,3	3,5	134,3	1,8	104,0	1,5	105,9	1,6	184,4	2,8
Alle übrigen Aufwendungen	525,7	7,5	486,4	6,8	1.223,1	16,0	528,6	7,6	403,8	6,1	615,8	9,3
Jahresüberschuss	144,2	2,1	76,7	1,1	94,7	1,2	91,9	1,3	31,8	0,5	30,9	0,5
Gesamtbetrag	**6.988,5**[1]	**100,0**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**	**100,0**	**6.927,6**	**100,0**	**6.647,3**	**100,2**	**6.639,0**	**100,1**
ERTRÄGE												
Gebühren der Bausparer												
- für Vertragsabschluss und -vermittlung	558,9	8,0	617,1	8,7	647,4	8,5	658,3	9,5	691,7	10,4	646,1	9,7
- für Darlehensregelung nach Zuteilung	59,7	0,9	52,5	0,7	44,0	0,6	43,4	0,6	34,3	0,5	28,6	0,4
- Sonstige	333,6	4,8	336,1	4,7	321,4	4,2	294,6	4,3	278,3	4,2	268,1	4,0
Zinsen												
- aus Baudarlehen	4.115,7	58,9	4.117,8	57,9	3.999,1	52,2	3.944,9	56,9	3.766,1	56,7	3.608,0	54,3
- Sonstige	1.416,7	20,3	1.382,5	19,4	1.523,9	19,9	1.495,9	21,6	1.415,2	21,3	1.369,5	20,6
Alle übrigen Erträge	504,0	7,2	609,2	8,6	1.124,2	14,7	490,5	7,1	461,8	6,9	718,7	10,8
Gesamtbetrag	**6.988,5**[1]	**100,1**	**7.115,2**	**100,0**	**7.660,1**[1]	**100,1**	**6.927,6**	**100,0**	**6.647,3**[1]	**100,0**	**6.639,0**	**99,8**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 23:
Bilanzen der privaten Bausparkassen 2009 bis 2014

	31.12.2009		31.12.2010		31.12.2011		31.12.2012		31.12.2013		31.12.2014	
	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%	Mio. €	%
AKTIVA												
- Bauspardarlehen	(18.905,9)		(18.091,1)		(17.868,3)		(16.208,6)		(14.705,8)		(13.542,0)	
- Zwischenkredite	(59.674,7)		(61.067,4)		(62.734,7)		(65.698,8)		(68.455,6)		(71.537,4)	
- Sonst. Baudarlehen	(10.091,4)		(10.346,3)		(10.908,7)		(10.926,2)		(10.776,4)		(10.733,1)	
Baudarlehen	88.672,0	62,4	89.504,8	61,7	91.511,7	64,0	92.833,6	64,4	93.937,9	64,4	95.812,5	64,4
Barreserve, andere Forderungen an Kreditinstitute (ohne Baudarlehen)	18.322,6	12,9	23.207,5	16,0	21.502,5	15,0	21.965,4	15,2	23.752,6	16,3	25.873,2	17,4
Schuldverschreibungen, Schuldbuchforderungen, Schatzanweisungen, Schatzwechsel	22.632,1	15,9	20.876,7	14,4	19.483,6	13,6	19.619,5	13,6	19.075,9	13,1	18.663,0	12,6
Sonstige Aktiva	12.516,2	8,8	11.453,7	7,9	10.443,7	7,3	9.815,9	6,8	9.124,7	6,3	8.327,4	5,6
Bilanzsumme	**142.142,9**	**100,0**	**145.042,8**[1]	**100,0**	**142.941,6**[1]	**99,9**	**144.234,4**	**100,0**	**145.891,0**[1]	**100,0**	**148.676,0**[1]	**100,0**
PASSIVA												
Bauspareinlagen	82.248,4	57,9	87.802,0	60,5	91.965,8	64,3	95.892,9	66,5	101.153,5	69,3	106.075,6	71,3
Spareinlagen	324,0	0,2	349,3	0,2	355,9	0,2	356,3	0,2	345,4	0,2	333,0	0,2
Schuldverschreibungen	6.215,2	4,4	5.327,8	3,7	5.325,8	3,7	4.865,3	3,4	3.885,6	2,7	2.715,5	1,8
Aufgenommene Fremdgelder	31.264,8	22,0	33.261,5	22,9	26.340,6	18,4	24.123,8	16,7	22.997,3	15,8	22.221,5	14,9
Rückstellungen, Wertberichtigungen	4.662,5	3,3	4.854,3	3,3	5.113,5	3,6	5.112,4	3,5	5.077,8	3,5	5.459,1	3,7
- gezeichnetes Kapital	(952,7)		(952,7)		(934,6)		(877,0)		(877,0)		(877,0)	
- Offene Rücklagen u.a.	(3.631,4)		(3.653,6)		(3.553,8)		(3.593,3)		(3.708,7)		(3.706,4)	
Eigenkapital	4.584,0	3,2	4.606,3	3,2	4.488,5	3,1	4.470,3	3,1	4.585,7	3,1	4.583,4	3,1
Sonstige Passiva	12.843,9	9,0	8.841,6	6,1	9.351,5	6,5	9.413,4	6,5	7.845,7	5,4	7.287,8	4,9
Bilanzsumme	**142.142,9**[1]	**100,0**	**145.042,8**	**99,9**	**142.941,6**[1]	**99,8**	**144.234,4**	**99,9**	**145.891,0**	**99,9**	**148.676,0**[1]	**99,9**

1) Differenz in der Summe durch Runden der Zahlen.

Tabelle 24:
Angestellte Mitarbeiter bei den privaten Bausparkassen 2005 bis 2014

Jahresende	Anzahl der angestellten Mitarbeiter[1]	Bilanzsumme		Anzahl der gesamten Bausparverträge	
		(Mio. €)	im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter (Mio. €)		im Durchschnitt je angestelltem Mitarbeiter
2005	10.814	141.190,2	13,056	21.107.376	1.952
2006	9.403[2]	141.931,4	15,094	20.539.207	2.184
2007	8.528	137.974,5	16,179	19.875.429	2.331
2008	7.998	137.468,8	17,188	19.423.603	2.429
2009	7.316	142.142,9	19,429	19.157.424	2.619
2010	7.183	145.042,8	20,193	19.088.694	2.657
2011	7.124	142.941,6	20,065	19.104.783	2.682
2012	5.829[3]	144.234,4	24,744	19.122.144	3.281
2013	5.672	145.891,0	25,721	19.405.358	3.421
2014	5.359	148.676,0	27,743	19.304.216	3.602

1) Einschließlich der Auszubildenden und gewerblichen Arbeitnehmer, ohne Aushilfskräfte. Teilzeitkräfte in Vollzeitkräfte umgerechnet.

2) Der Rückgang ist vor allem auf die sozialverträgliche Verschlankung des Personalbestandes einer Bausparkasse im Zuge ihrer Integration in einen Konzern zurückzuführen.

3) Der Rückgang ist vor allem auf eine Ausgliederung von Mitarbeitern einer Bausparkasse im Zuge der Gründung eines Tochterunternehmens zurückzuführen.

Verzeichnis der privaten Bausparkassen

Aachener Bausparkasse AG
Theaterstraße 92 - 94
52062 Aachen

ALTE LEIPZIGER Bauspar AG
Alte Leipziger-Platz 1
61440 Oberursel

Bausparkasse Mainz AG
Kantstraße 1
55122 Mainz

Bausparkasse Schwäbisch Hall AG
Crailsheimer Straße 52
74523 Schwäbisch Hall

BHW Bausparkasse AG
Lubahnstraße 2
31789 Hameln

BSQ Bauspar AG
Kunigundenstr. 71
90439 Nürnberg

Debeka Bausparkasse AG
Ferdinand-Sauerbruch-Str. 18
56073 Koblenz

Deutsche Bank Bauspar AG
Niddagaustraße 42
60489 Frankfurt am Main

Deutsche Bausparkasse Badenia AG
Badeniaplatz 1
76114 Karlsruhe

Deutscher Ring Bausparkasse AG
Ludwig-Erhard-Straße 22
20459 Hamburg

SIGNAL IDUNA Bauspar AG
Kapstadtring 8
22297 Hamburg

Wüstenrot Bausparkasse AG
Wüstenrotstraße 1
71638 Ludwigsburg

Der Verband der Privaten Bausparkassen e.V.

Verbandsvorstand

Vorsitzender:
Andreas J. Zehnder,
Berlin
(Hauptgeschäftsführer)

Direktor Jürgen Gießler,
Schwäbisch Hall

Direktor Bernd Hertweck,
Ludwigsburg

Direktor Frank Leinemann,
Hamburg
(ab 8. Mai 2015)

Direktor Dr. Reinhard Schlenke,
Oberursel
(bis 8. Mai 2015)

Direktor Lars Stoy,
Hameln

Verbandsgeschäftsstelle

Abteilung Betriebswirtschaft,
Statistik und Bauspartechnik:
Christian Ketzner

Abteilung Recht und Steuern:
Christian König-Tumpiya
(Verbandssyndikus)

Abteilung Kommunikation:
Alexander Nothaft

Abteilung Grundsatzfragen:
Dr. Juri Schudrowitz

Beleihungsfragen und
Kundenbeschwerdestelle:
Sabine Masuch

Europabüro Brüssel:
Anja Gruhn

Klingelhöferstraße 4 · 10785 Berlin, Postfach 303079 · 10730 Berlin
Telefon (030)590091-500 · Telefax (030)590091-501
Internet: www.bausparkassen.de · E-Mail: info@bausparkassen.de

Herausgeber:
Verband der Privaten
Bausparkassen e.V.
Klingelhöferstraße 4
10785 Berlin

Konzeption und Gestaltung:
EINS 64 Grafik-Design, Bonn

Druck:
in puncto druck+medien GmbH